

**Prognose der
österreichischen
Wirtschaft 2009-2010**

März 2009

SPERRFRIST: Freitag, 27. März 2009, 11.00 Uhr

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2009-2010

Jahresmodell LIMA/05

März 2009

Die ökonometrischen Modellprognosen
werden von einer Arbeitsgruppe
der Abteilung Ökonomie erstellt:

Bernhard Felderer

Ines Fortin

Daniela Grozea-Helmenstein

Jaroslava Hlouskova

Helmut Hofer

Robert M. Kunst

Ulrich Schuh

Wolfgang Schwarzbauer

Edith Skriner

Ludwig Strohner

Klaus Weyerstraß

Ökonometrisches Forschungsprogramm
des Instituts für Höhere Studien

Contact:

Bernhard Felderer
☎: +43/1/59991-125
email: felderer@ihs.ac.at

Helmut Hofer
☎: +43/1/599 91-251
email: hofer@ihs.ac.at

Ulrich Schuh
☎: +43/1/599 91-148
email: schuh@ihs.ac.at

Tanja Gewis
Public Relations
☎: +43/1/599 91-122
email: gewis@ihs.ac.at

Das Institut für Höhere Studien (IHS) wurde im Jahr 1963 auf Initiative von Paul F. Lazarsfeld und Oskar Morgenstern mit Unterstützung durch die Ford Foundation, das Österreichische Bundesministerium für Unterricht und die Stadt Wien als ein privater gemeinnütziger Verein gegründet. Seit seinen Anfängen ist das IHS dem Prinzip verpflichtet, dass wissenschaftliche Forschung und Zusammenarbeit eine Plattform für kritische Diskussion, Konsensfindung und sowohl offene als auch kritische wissenschaftliche Expertise bietet. Das höchste Organ des Instituts ist ein Kuratorium, das sich aus bedeutenden Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zusammensetzt. Außerdem wird das Institut von einem international besetzten Beirat unterstützt. Die Finanzierung erfolgt über Subventionen des Bundes (BM für Finanzen und BM für Wissenschaft und Forschung), der Oesterreichischen Nationalbank, der Gemeinde Wien und sonstiger Institutionen. Über 40 % des Institutsbudgets wird durch Auftragsforschung erwirtschaftet.

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung und Zusammenfassung	1
	Texttabelle: Wichtige Prognoseergebnisse	4
	Abbildungen: Wichtige Prognoseergebnisse	5/6
2.	Die internationale Konjunktur	7
	2.1 Internationale Konjunkturprognosen	7
	2.2 Länderprognosen	9
	Texttabelle: Internationale Rahmenbedingungen	18
3.	Die österreichische Außenwirtschaft	19
	Abbildung: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten	20
4.	Perspektiven der Inlandskonjunktur	21
	Abbildung: Sparquote der privaten Haushalte	21
	Abbildung: Beurteilung der Auftragsbestände	23
	Abbildung: Produktionstätigkeit der nächsten drei Monate	24
	Abbildung: Kapazitätsauslastung in der österreichischen Industrie	24
	Abbildung: Inflationsrate	28
	Texttabelle: Arbeitsmarktentwicklung 2009	29
5.	Monetäre Prognose	31
	Texttabelle: Leitzinsen.....	31
	Abbildung: Ergebnisse der monetären Prognose	33
	Tabellenanhang	34

1. Einleitung und Zusammenfassung

Schwerster Wirtschaftseinbruch der Nachkriegszeit

Die Weltwirtschaft ist in einer tiefen Rezession. Im vierten Quartal des Vorjahres verzeichneten nahezu alle Industrieländer einen markanten Wirtschaftseinbruch. So ist die Wirtschaftsleistung in den USA gegenüber dem Vorquartal um 1.6 % zurückgegangen, in der Europäischen Union belief sich der Rückgang auf 1.5 %. Auch die asiatischen Volkswirtschaften wurden schwer getroffen, in Japan schrumpfte die Wirtschaft gegenüber dem Vorquartal um 3.3 %. Der Konkurs des Finanzinstituts Lehman Brothers im September verschärfte die Vertrauenskrise an den Finanzmärkten, und die Aktienmärkte verzeichneten deutliche Kursstürze. Neben dem sich ausbreitenden Pessimismus trugen verschlechterte Finanzierungsbedingungen zum Einbruch des Investitionsklimas bei. Weltweit sind seit Oktober signifikante Rückgänge in der Industrieproduktion zu verzeichnen, das Tempo des Welthandels verlangsamte sich beträchtlich. Als Reaktion auf die Finanzkrise haben zahlreiche Länder Bankenhilfspakete beschlossen und die Notenbanken haben die Leitzinssätze deutlich gesenkt. Darüber hinaus versuchen die Regierungen, durch fiskalpolitische Maßnahmen die Konjunktur zu stimulieren. Die vorliegenden vorlaufenden Indikatoren deuten noch keine konjunkturelle Wende an. Frühestens im Laufe der zweiten Jahreshälfte könnte sich die weltweite Konjunkturlage stabilisieren.

Im Jahresdurchschnitt 2008 ist die österreichische Wirtschaft noch um 1.8 % gewachsen. Im Jahresverlauf hat sich das Wachstumstempo beträchtlich abgekühlt. Mit 0.2 % gegenüber dem Vorquartal ist der Rückgang im vierten Quartal im internationalen Vergleich noch sehr moderat ausgefallen. Aufgrund der fehlenden internationalen Nachfrage wird die österreichische Wirtschaft in der ersten Hälfte dieses Jahres markant schrumpfen, worauf auch die vorlaufenden Indikatoren hindeuten. Vor diesem Hintergrund muss das Institut seine Wachstumsprognose deutlich zurücknehmen. Für den Jahresdurchschnitt 2009 prognostiziert das Institut nunmehr ein Schrumpfen der österreichischen Wirtschaft um 2.7 %. 2010 könnte das Wirtschaftswachstum 0.4 % betragen.

Die Abschätzung der Dauer der Konjunkturkrise ist mit großen Unsicherheiten behaftet. Das Institut unterstellt gegenwärtig eine Stabilisierung der Weltkonjunktur innerhalb der zweiten Jahreshälfte. Im nächsten Jahr wird die Konjunktur wieder etwas an Fahrt gewinnen. Laut Einschätzung des Instituts wird die Wirtschaft der USA 2009 um 3 % schrumpfen. 2010 wird eine leichte Erholung mit einem Wachstum von 1 % erwartet. Insbesondere die exportorientierten Volkswirtschaften, etwa Deutschland und Japan, sind vom weltweiten Konjunkturereinbruch schwer getroffen. So wird die Wirtschaftsleistung in Deutschland heuer um 4 ¼ % zurückgehen, die Wirtschaft des gesamten Euroraums schrumpft um 3 ½ %, für Mittel- und Osteuropa wird ein Rückgang um ¾ % erwartet. Nächstes Jahr sollte die europäische Wirtschaft um ½ % zulegen.

Die Abwärtsrisiken bleiben beträchtlich. Je länger die Krise anhält und je tiefer sie ausfällt, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit, dass sich Verhaltensweisen der Wirtschaftsakteure ändern und die Konjunktur weiter belastet wird. So könnten protektionistische Tendenzen die Erholung des Welthan-

dels gefährden. Die enormen Budgetdefizite könnten zu steigenden Zinsen führen. Ein starker Anstieg der Arbeitslosigkeit würde die Konsumnachfrage merklich dämpfen. Aber es bestehen auch Aufwärtsrisiken. Die Konjunkturprogramme sollten zur Belebung der Wirtschaft beitragen und geringere Rohstoffpreise die Kaufkraft stärken. Eine Belebung an den Aktienmärkten könnte die Stimmung der Investoren verbessern und dazu führen, dass der Wirtschaftsabschwung im heurigen Jahr weniger tief ausfällt.

Aufgrund der kräftigen Preissteigerungen ist der reale private Konsum in Österreich im Vorjahr nur um 0.9 % gewachsen. Für das heurige Jahr erwartet das Institut ein reales Konsumwachstum von 0.4 %. Die Steuerreform und die relativ hohen Lohnabschlüsse im Vorjahr stützen die verfügbaren realen Haushaltseinkommen. Ein Teil des zusätzlichen Einkommens wird gespart, sodass die Haushaltssparquote um rund 0.6 Prozentpunkte ansteigt. Auch für 2010 wird gegenwärtig ein Konsumzuwachs von 0.4 % erwartet. Dies impliziert einen Rückgang der Sparquote um 0.5 Prozentpunkte.

Im Vorjahr haben die Investitionen noch um 4.8 % zugelegt, wozu allerdings ein kräftiger Lageraufbau beigetragen hat. Die aufgrund der internationalen Konjunkturlage pessimistischen Erwartungen und die verschlechterten Finanzierungsbedingungen führen im Prognosezeitraum zu einem Einbruch bei den Investitionen. Nach einem Wachstum von 2.1 % im Vorjahr dürften heuer die Ausrüstungsinvestitionen um 8 % zurückgehen. Aufgrund der staatlichen Konjunkturpakete fällt der erwartete Rückgang bei den Bauinvestitionen mit 2 % verhaltener aus. Insgesamt gesehen schrumpfen die Investitionen um 6.3 %. Auch im nächsten Jahr könnten die Bruttoinvestitionen noch rückläufig sein (-1.9 %).

Die Weltrezession schlägt voll auf die österreichische Außenwirtschaft durch. Der Welthandel verlangsamt sich markant und die Nachfrage aus Deutschland oder Osteuropa nach österreichischen Produkten ist sehr schwach. Daher erwartet das Institut für 2009 einen Rückgang der österreichischen Warenexporte um 9.5 %. Für die realen Exporte im weiteren Sinne laut VGR impliziert die Prognose ein Schrumpfen um 7.9 %. Aufgrund der schwächeren Binnennachfrage und der Vorleistungsverflechtungen gehen auch die Importe zurück, allerdings in geringerem Ausmaß. Die realen Warenimporte sinken im heurigen Jahr um 6.7 %, die realen Importe im weiteren Sinne laut VGR um 6.2 %. Nach diesen dramatischen Einbrüchen sollte sich die Außenhandelsdynamik im Jahr 2010 wieder leicht beleben (Exportwachstum 2.2 %, Importwachstum 1.2 %).

Nach drei Jahren mit kräftigen Beschäftigungszuwächsen und fallenden Arbeitslosenquoten verschlechtert sich die Arbeitsmarktlage im Prognosezeitraum markant. Die Rezession führt zu Beschäftigungsrückgängen und damit zu stark steigenden Arbeitslosenzahlen. Für den Jahresdurchschnitt 2009 erwartet das Institut einen Beschäftigungsrückgang um 1.3 %, dieser wird durch die Kurzarbeit und die prozyklische Entwicklung der Arbeitsproduktivität gedämpft. Ausgehend von einem Wert von 5.8 % im Vorjahr wird die Arbeitslosenquote nach nationaler Definition auf 7.5 % steigen. Nächstes Jahr wird ein weiterer Anstieg auf 8.4 % erwartet. Für die Arbeitslosenquote laut EUROSTAT-Definition impliziert dies Werte von 5.3 % und 6.1 %. Für die Arbeitsmarktpolitik besteht die große Herausforderung in der Verhinderung eines Anstiegs der strukturellen Arbeitslosigkeit.

Die Rezession, die Konjunkturpakete und die Steuerreform dominieren die Budgetentwicklung im Prognosezeitraum. Gegenwärtig erwartet das Institut für das heurige Jahr ein Budgetdefizit von 3.3 %, nächstes Jahr könnte es auf 4 % steigen. Der Konjunkturerbruch führt zu steigenden Ausgaben und fallenden Einnahmen, die Steuerreform sowie die Konjunkturpakete belasten die öffentlichen Finanzen. Bei einem so starken Wirtschaftseinbruch ist es prinzipiell sinnvoll, die automatischen Stabilisatoren wirken zu lassen und strukturpolitisch erforderliche Ausgaben vorzuziehen. Allerdings sind auch die längerfristigen Nachteile einer höheren Staatsverschuldung (etwa größere Zinsbelastung) zu berücksichtigen. Insgesamt gesehen hält das Institut die Konjunkturpakete noch für ausreichend dotiert. Die Budgetprognose unterstellt eine strikte Ausgabendisziplin. Notwendig ist die Nutzung aller Einsparungspotenziale, um wieder auf einen nachhaltigen Budgetpfad zurückkehren zu können. Die aufgrund der Konjunkturlage deutlich verschlechterte fiskalische Position des Staates macht deutlich, dass etwa eine Verwaltungsreform notwendig ist, um einen über den Konjunkturzyklus hinweg ausgeglichenen Haushalt erreichen zu können.

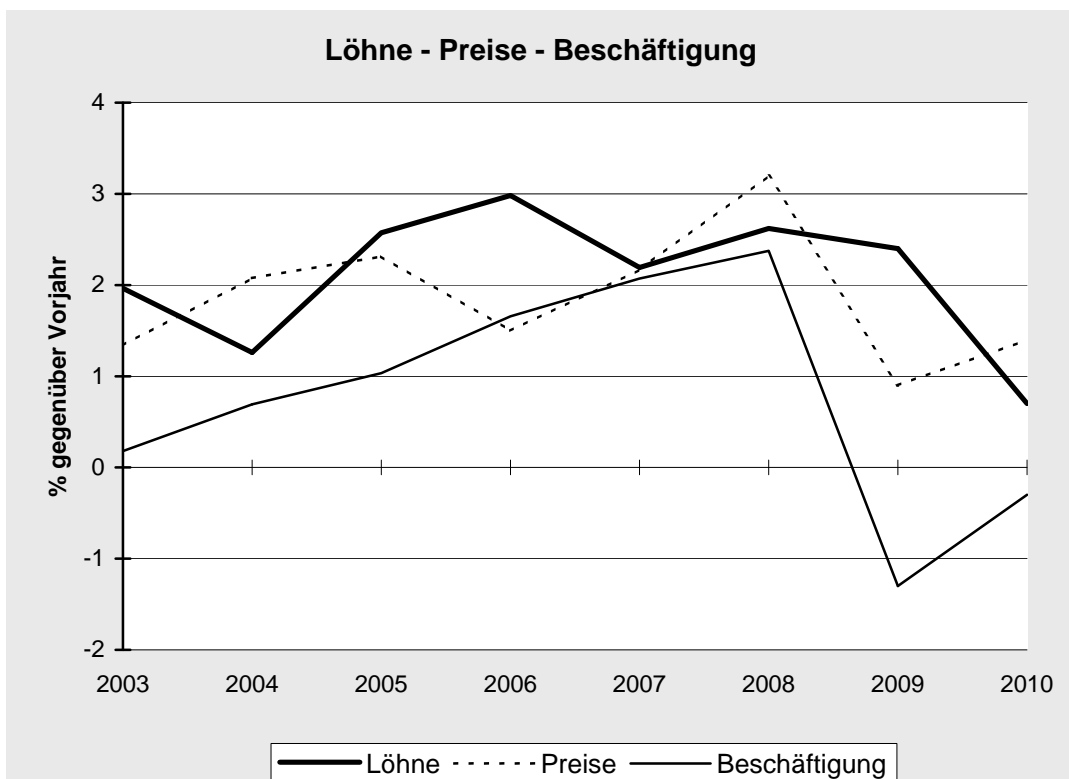
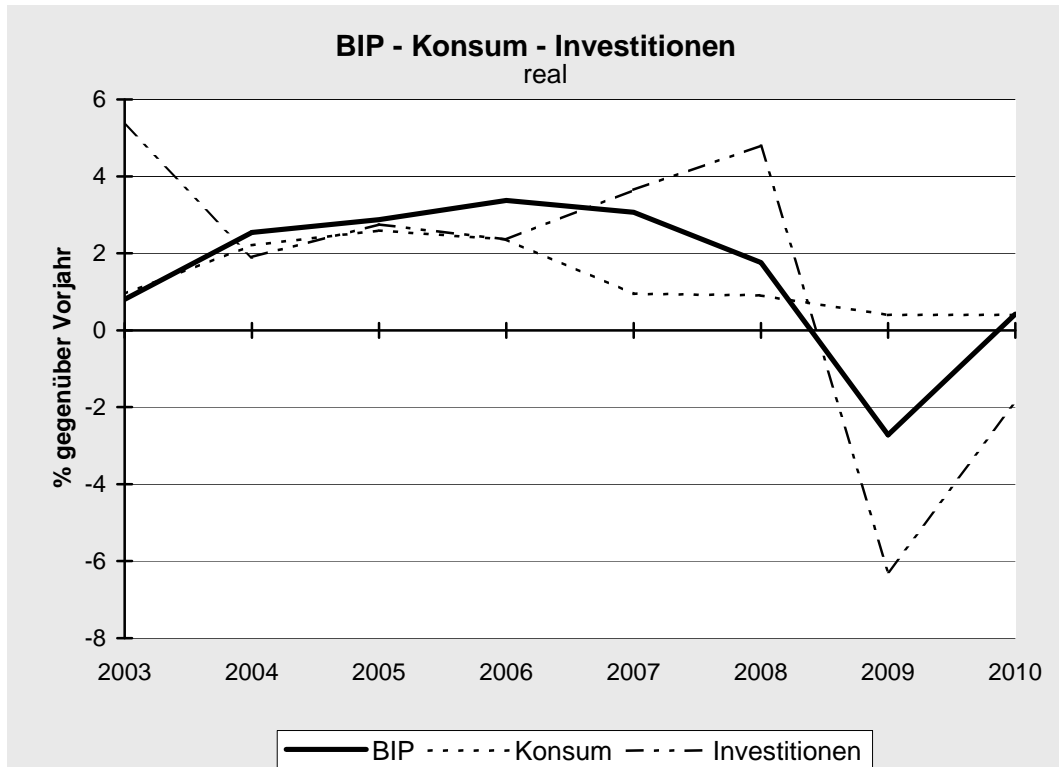
Wichtige Prognoseergebnisse

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

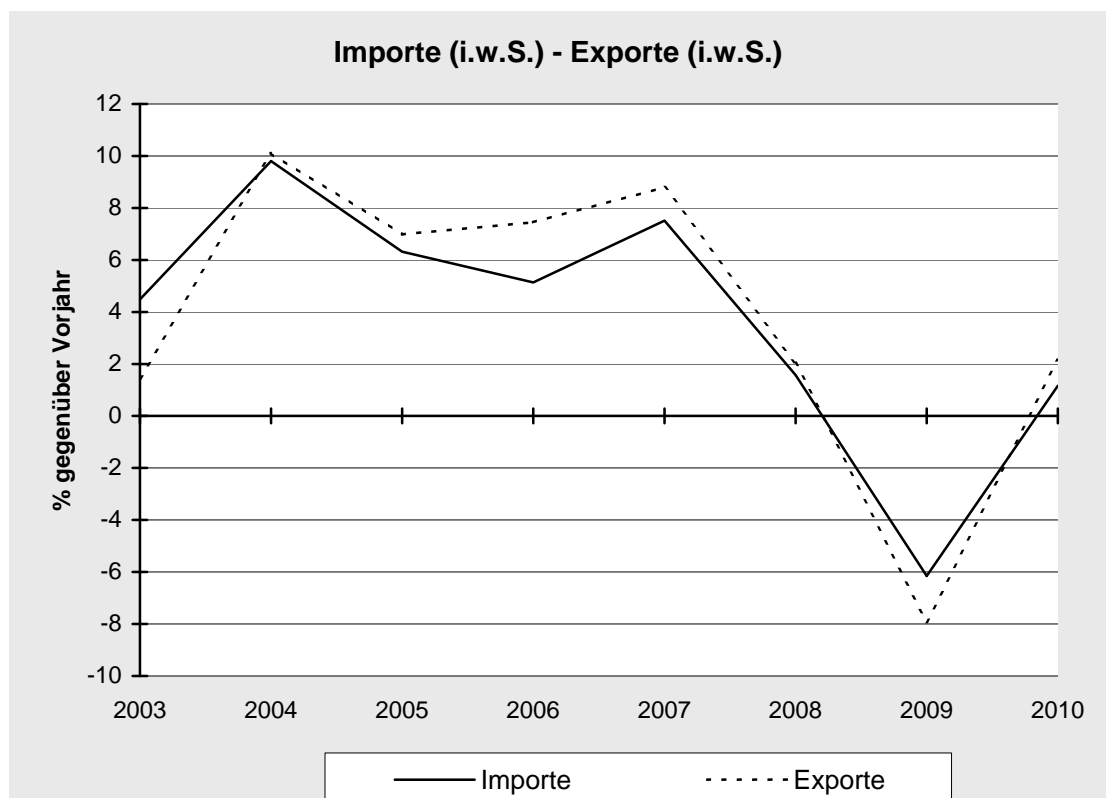
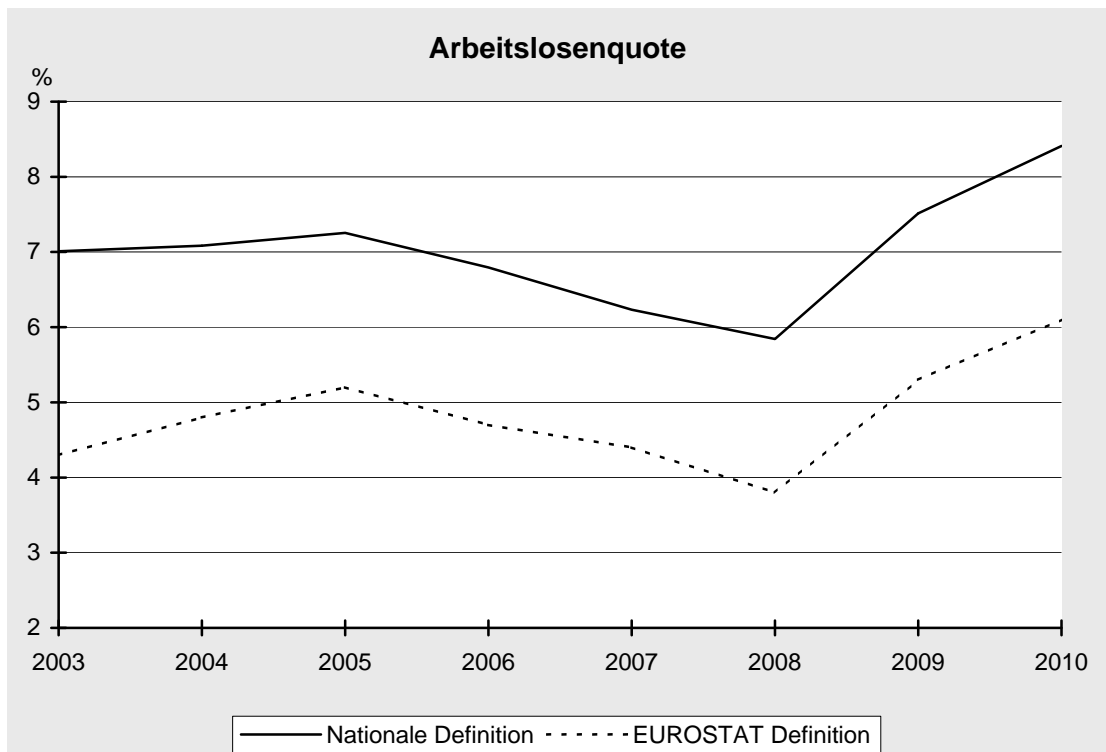
	2008	2009	2010
Bruttoinlandsprodukt, real	1.8	-2.7	0.4
Privater Konsum, real	0.9	0.4	0.4
Bruttoinvestitionen insgesamt, real	4.8	-6.3	-1.9
Ausrüstungsinvestitionen, real	2.1	-8.0	-1.0
Bauinvestitionen, real	1.5	-2.0	-1.0
Inlandsnachfrage, real	1.5	-1.3	-0.2
Exporte i.w.S., real	2.0	-7.9	2.2
Waren, real (laut VGR)	1.5	-9.5	2.8
Reiseverkehr, real (laut VGR)	2.7	-2.0	-1.8
Importe i.w.S., real	1.6	-6.2	1.2
Waren, real (laut VGR)	1.8	-6.7	1.5
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-3.0	-3.5	-1.0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	2.4	-1.3	-0.3
Arbeitslosenquote: Nationale Definition ^{*)}	5.8	7.5	8.4
Arbeitslosenquote: EUROSTAT-Definition ^{*)}	3.8	5.3	6.1
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2.6	2.4	0.7
Preisindex des BIP	2.4	1.5	0.9
Verbraucherpreisindex	3.2	0.9	1.4
3-Monats-Euribor ^{*)}	4.6	1.3	1.2
10-Jahres-BM-Rendite öst.Staatsanleihen ^{*)}	4.3	4.3	4.5

^{*)} absolute Werte

WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 1



WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 2



2. Die internationale Konjunktur

2.1 Internationale Konjunkturprognosen

Die Weltwirtschaft wird heuer zum ersten Mal seit den 1950er Jahren schrumpfen und der Welthandel könnte einen stärkeren Einbruch als 1975 verzeichnen. Die globale Konjunktur hat bereits im vergangenen Jahr an Dynamik verloren. Der Konsum der privaten Haushalte wurde durch die hohe Inflation gebremst und die Unternehmen haben unter sich verschärfenden Finanzierungsbedingungen und den teuren Rohstoffpreisen gelitten. Die Aktienmärkte verzeichneten im Jahr 2008 starke Rückgänge. Die Situation verschlimmerte sich ab September durch die Insolvenz einer der bekanntesten Investmentbanken. Diese Nachricht führte zu einem Vertrauenseinbruch bei den Investoren, begleitet von hohen Kursverlusten an den internationalen Börsen. Im vierten Quartal des vergangenen Jahres verzeichneten die großen Industrieländer einen drastischen Konjunkturreinbruch. Aufgrund der schlechten konjunkturellen Situation und der Entspannung an der Preisfront haben viele Nationalbanken ihre Leitzinsen gesenkt.

Der starke synchrone Konjunkturabschwung dürfte in der ersten Jahreshälfte 2009 anhalten. Die Probleme im Maschinenbau und in der Fahrzeugindustrie wurden zu Jahresbeginn in einem immer größeren Ausmaß sichtbar. Im Bankensektor bleibt die Lage angespannt. Laut ifo Institut ist der Indikator für das Weltwirtschaftsklima im ersten Quartal 2009 auf einen neuen Tiefstand gefallen. Unterdessen sind auch die Inflationserwartungen deutlich niedriger als im Vorjahr. Die Hausse der Rohstoffpreise ist in der Mitte des vergangenen Jahres zu Ende gegangen. Die Preise für Energie, Agrarprodukte und Metalle sind zwischen Juni und November stark gefallen. Seit Dezember zeichnet sich eine Stabilisierung in der Preisentwicklung ab.

Die globale Wirtschaftsleistung wird im laufenden Jahr spürbar schrumpfen, wobei alle Regionen der Welt einen starken Wachstumseinbruch verzeichnen. Der reale Welthandel wird laut Prognose um 10 % zurückgehen. Nach einem Wachstum um 0.9 % im Jahr 2008 dürfte das BIP in den OECD-Ländern im Jahr 2009 um 3 ½ % sinken. 2010 dürfte das Wachstum ½ % betragen. Auch für den Euroraum wird für heuer ein Rückgang der Wirtschaftsleistung erwartet. Nach einem Wachstum um 0.8 % im Jahr 2008 dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion 2009 um 3 ½ % schrumpfen. Die konjunkturelle Erholung sollte 2010 ein BIP-Wachstum von ½ % ermöglichen.

Seit Mitte des vergangenen Jahres fallen die Rohstoffpreise. Von Preisrückgängen betroffen sind insbesondere Metalle (wie Kupfer) und Rohöl. Zwischen Juli 2008 und Februar 2009 sind die Rohölpreise in Dollar um 68 % gefallen. Der Rohölpreis (Brent) betrug im Februar im Monatsdurchschnitt USD 42.9 pro Fass. Das ist der niedrigste Wert seit August 2004. In der vorliegenden Prognose wird für das laufende Jahr ein durchschnittlicher Ölpreis von 44 USD unterstellt. Aufgrund der erwarteten Konjunkturbelebung im Jahr 2010 dürfte auch der Rohölpreis wieder stärker ansteigen und im Jahresdurchschnitt 60 USD pro Fass ausmachen. Der Euro-Dollar-Wechselkurs sollte 2009 1.30 USD/EUR betragen.

Die Wirtschaft Lateinamerikas entwickelte sich 2008 mit 4 % noch sehr robust, allerdings hat auch hier im Schlussquartal ein konjunktureller Abschwung eingesetzt. Auch Lateinamerika bekommt den weltweiten Abschwung zu spüren. Derzeit leidet die Region unter der schwachen internationalen Nachfrage nach Rohstoffen und deren Preisentwicklung. Hinzu kommt, dass die Währungen an Wert verlieren. Zinssenkungen werden durch die Inflationsentwicklung erschwert. Im vierten Quartal 2008 verzeichneten Mexiko und Brasilien einen deutlichen Rückgang im Wirtschaftswachstum. Laut *HSBC* könnte sich die Wirtschaft Lateinamerikas wegen des Rohstoffreichtums schneller als andere Länder vom konjunkturellen Abschwung erholen.

Laut *Asian Development Bank* (ADB) hat das Wirtschaftswachstum in den aufstrebenden Märkten Asiens im vergangenen Jahr 7 % betragen. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat die asiatischen Volkswirtschaften im vierten Quartal 2008 voll erfasst. Im laufenden Jahr werden sich die Exportentwicklung, die Investitionstätigkeit und die Konsumnachfrage abschwächen, womit sich das Wachstum im Wirtschaftsraum ohne Japan laut IWF auf 2.7 % verlangsamen wird. Die chinesische Wirtschaft verzeichnete 2008 ein Wirtschaftswachstum von 9 %. Eine Wachstumsverlangsamung wird es im ersten und zweiten Quartal geben, danach könnte sich die Konjunktur der chinesischen Wirtschaft wieder beschleunigen. Bereits im vergangenen Jahr hat die öffentliche Hand als Reaktion auf die konjunkturelle Abschwächung ein massives Stimulationspaket in Höhe von umgerechnet 460 Milliarden Euro geschnürt, und die chinesische Notenbank hat den Leitzins drastisch gesenkt. Aufgrund des Rekordwachstums in der Industrieproduktion und der starken Konsumnachfrage verzeichnete auch Indien 2008 mit 5.3 % ein äußerst kräftiges Wirtschaftswachstum. Seit vergangenem November hat sich die Inflation zurückgebildet und die Indische Zentralbank konnte den Leitzins senken. Die Tigerstaaten, deren Wirtschaften einen sehr hohen Offenheitsgrad aufweisen, befinden sich seit dem Schlussquartal des vergangenen Jahres in einer Rezession. Der Grund dafür ist die fehlende Auslandsnachfrage. Insbesondere die Wirtschaften von Singapur, Taiwan und Malaysia leiden unter dem rückläufigen globalen Handel. Im Jahresverlauf dürften sich die Wirtschaftsbedingungen im asiatischen Raum wieder verbessern, die Voraussetzung dafür bildet die erwartete Belebung der chinesischen Wirtschaft.

Für heuer erwartet das Institut für die EU-27 einen Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion um $3\frac{1}{4}$ % und für den Euroraum einen Rückgang um $3\frac{1}{2}$ %. Für das kommende Jahr wird ein Zuwachs um jeweils $\frac{1}{2}$ % prognostiziert. Hohe Energie- und Rohstoffpreise in der ersten Hälfte des letzten Jahres, der zeitweise sehr starke Euro und der weltweite Konjunkturunbruch gegen Jahresende haben 2008 zu einem Defizit in der Außenhandelsbilanz des Euroraums geführt. Im laufenden Jahr werden sich die Probleme in der Außenwirtschaft weiter verstärken, weil weltweit die Importnachfrage nachlässt. Zurückhaltung wird es voraussichtlich auch in der Konsumnachfrage geben, weil sich die Beschäftigungslage in den kommenden Monaten deutlich verschlechtern wird. Fallende Inflationsraten und die schlechten Wirtschaftsaussichten für das laufende Jahr bewogen die Europäische Zentralbank im März 2009, den Leitzins auf 1.5 % zu senken. Dies ist der niedrigste Stand seit der Euro-Einführung im Jahr 1999. Das Institut erwartet für die kommenden Monate eine weitere Zinssenkung auf 1 %.

Im vierten Quartal 2008 ist das BIP im Euroraum mit 1.5 % gegenüber dem Vorquartal zum dritten Mal in Folge gesunken. Gegenüber dem Vorjahresquartal ist die Wirtschaft um 1.3 % geschrumpft, womit sich die Rezession im Euroraum verstärkt hat. Der Export war jener Faktor, der am stärksten zum Einbruch der Konjunktur beigetragen hat, darüber hinaus sind auch die Investitionen deutlich gesunken. Im ersten Quartal 2009 hat sich die konjunkturelle Lage verschlechtert. Mehrere Konjunkturindikatoren deuten darauf hin, dass die derzeitige Krise enorme Einbrüche in der europäischen Wirtschaft zur Folge haben wird. Der ifo-Index für das Wirtschaftsklima im Euroraum ist auf ein Rekordtief gesunken, und der seit 1985 von der EU-Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen erstellte Geschäftsklimaindex ist auf das niedrigste Niveau seit seiner Einführung gefallen. Die EU-Kommission erwartet Einbrüche in allen Industriesektoren. Die Autoindustrie wird am stärksten unter der Krise leiden. Die Europäische Vereinigung der Automobilhersteller (ACEA) erwartet einen Nachfrageeinbruch um 25 %. Auch in der Stahlindustrie werden markante Einbrüche erwartet. Hinzu kommen die aggressive Verkaufspolitik chinesischer Hersteller und Abschottungstendenzen vieler außereuropäischer Länder. Der Rückgang der Industrieproduktion wird einen raschen Anstieg der Arbeitslosigkeit zur Folge haben.

Im Jänner 2008 betrug die Arbeitslosenquote im Euroraum 8.2 %. Die höchste Arbeitslosigkeit verzeichnete Spanien mit 14.8 %. Die niedrigste Quote gab es in den Niederlanden (2.8 %). Die Inflationsrate im Euroraum, gemessen am Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), betrug im Februar 1.2 %. Unter dem Durchschnitt des Euroraums lagen die Preissteigerungsraten in Irland und Portugal mit jeweils 0.1 %. Im Vergleich dazu stiegen die Preise in Österreich um 1.4 %. Finnland und Malta verzeichneten mit 2.7 % bzw. 3.5 % die höchsten Inflationsraten.

2.2 Länderprognosen

Deutschland wird vom Einbruch der Weltkonjunktur besonders hart getroffen. Das deutsche BIP wird voraussichtlich um 4 ¼ % schrumpfen. Derzeit sinkt weltweit der Bedarf gerade an jenen Investitionsgütern, auf die sich deutsche Unternehmen spezialisiert haben. Deshalb leidet der in den vergangenen Jahren erfolgsverwöhnte und überwiegend vom Export abhängige Maschinenbau am meisten. Die beschlossenen Entlastungspakete werden nicht ausreichen, um die Konjunktur in Gang zu bringen, sie dürften jedoch den Abschwung in einigen Branchen mildern. Die zunehmende Verschlechterung der Situation auf dem Arbeitsmarkt – und die damit einhergehenden Belastungen für die verfügbaren Einkommen – dürfte den privaten Konsum dämpfen. Die Arbeitslosenquote wird 2009 deutlich ansteigen. 2010 hält das Institut jedoch eine Stabilisierung der Wirtschaftsentwicklung für möglich. Demnach könnte die Wirtschaftsleistung um ½ % zunehmen. Die Teuerung bleibt auf niedrigem Niveau.

Das deutsche BIP ist im vierten Quartal 2008 mit 2.1 % gegenüber dem Vorquartal zum dritten Mal in Folge zurückgegangen, zum Vorjahresquartal sank es um 1.7 %. Der Rückgang beruhte in erster Linie auf den starken Einbußen beim Außenbeitrag und einer erneuten Einschränkung der Investitionen. Der Sinkflug der deutschen Wirtschaft setzt sich zu Beginn dieses Jahres weiter fort. Die deutschen Exporte sind im Jänner so stark eingebrochen wie seit 1993 nicht mehr, und die Industrie verbuchte

einen dramatischen Rückgang bei den Auftragseingängen. Die Bestellungen sanken laut Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) real um 42 %, im Inland lag das Minus bei 31 %, aus dem Ausland kamen 47 % weniger Bestellungen. Der ifo-Geschäftsklimaindex hat zwar im Jänner minimal zugelegt, ist im Februar aber wieder gefallen. Vor allem die Industrieunternehmen berichteten über eine sehr schlechte Geschäftslage. Nur der Autoeinzelhandel, der von der Abwrackprämie profitiert, und die Bauwirtschaft meldeten leicht verbesserte Geschäfte. Beide Branchen gehören zu den Gewinnern des Konjunkturpakets. Laut Markt-Einkaufsmanagerindex veranlasst der steigende Wettbewerbsdruck – gepaart mit verbilligtem Kraftstoff, Stahl und Basismetallen – die Unternehmen, ihre Preise zum vierten Mal hintereinander zu senken. Die Rezession schlägt auch immer stärker auf die deutschen Dienstleister durch. Die Geschäfte liefen im Februar so schlecht wie seit mehr als einem Jahrzehnt nicht mehr. Die Stimmung der Verbraucher bessert sich. Der GfK-Gesamtindikator prognostiziert für März, dass die stabilen Preise und die Abwrackprämie zur Verbesserung des Konsumklimas beitragen. Der Preisrutsch bei den Treibstoffen hat die Inflationsrate in Deutschland deutlich sinken lassen. Die Verbraucherpreise stiegen im Februar im Vergleich zum Vorjahresmonat um 1 %, nach 0.9 % im Jänner. Der Anstieg der Produktionspreise der Industrie (ohne Bau) hat sich im Februar auf 0.9 % abgeschwächt. Die Arbeitslosenquote lag im Februar bei 7.3 %.

Das **italienische BIP** wird 2009 voraussichtlich um 3 ¼ % schrumpfen. Im dritten Quartal 2008 ist die drittgrößte Wirtschaft des Euroraums in die vierte Rezession innerhalb von sieben Jahren geschlittert. Einen starken Rückgang wird 2009 die exportorientierte Wirtschaft verzeichnen, womit auch die Anlageinvestitionen im laufenden Jahr schrumpfen werden. Die privaten Konsumausgaben werden 2009 bestenfalls stagnieren. Das verfügbare Einkommen der Haushalte dürfte aufgrund der Preisentwicklung zunehmen, es wird jedoch erwartet, dass gleichzeitig die Sparneigung steigt. Die Regierung hat ein Konjunkturpaket zur Stimulierung des privaten Konsums beschlossen. Der positive Trend beim Abbau der Arbeitslosigkeit, der in den vergangenen Jahren zu beobachten war, wird sich 2009 wieder umkehren. Der Preisdruck dürfte 2009 deutlich nachlassen. Im nächsten Jahr wird sich der Abwärtstrend in der konjunkturellen Entwicklung etwas verlangsamen. Das Institut erwartet einen Anstieg des BIP um ¼ %. Die Binnennachfrage wird wieder anziehen, während die Probleme in der exportorientierten Wirtschaft weiter bestehen bleiben dürften.

Im vierten Quartal 2008 ist das italienische BIP zum Vorquartal um 1.9 % bzw. um 2.9 % zum Vorjahresquartal gesunken. Starke Rückgänge wurden bei den Ausrüstungsinvestitionen und bei den Exporten verzeichnet. Im ersten Quartal hat sich der Abwärtstrend in der Konjunkturentwicklung weiter verstärkt. Im Jänner ist die Industrieproduktion abermals geschrumpft und lag um 8 % unter dem Vorjahresniveau. Laut *Istituto di Studi e Analisi Economica* (Isae) ist im Februar der Vertrauensindex der güterverarbeitenden Industrie auf einen Tiefpunkt gesunken. Die Unternehmen befürchten, dass sich die Auftragslage weiter verschlechtern könnte, womit die positiven Impulse von Seiten der Energiepreisentwicklung und der günstigeren Kreditkosten mehr als aufgehoben werden. Im Einzelhandel war der Rückgang weniger drastisch. Der Anreiz zum Kauf von Neuwagen hat jedoch im Februar noch nicht gegriffen. In den vergangenen sechs Monaten hat der Preisdruck stark nachgelassen. Die Inflation ist von 4.1 % im August 2008 auf 1.6 % im Februar 2009 gesunken. Die Produktionspreise sanken im Jänner um 2.1 %.

Die **französische Wirtschaft** wird heuer voraussichtlich um 3 ½ % schrumpfen. Probleme dürften vor allem von der Außenwirtschaft und den Bauinvestitionen ausgehen. Das nationale statistische Amt Insee schätzt, dass alleine in der ersten Jahreshälfte 387,000 Arbeitsplätze verloren gehen könnten. Zur Bekämpfung der Krise hat die Regierung den Banken Mittel zur Verfügung gestellt, um die Kreditvergabe an Unternehmen und Haushalte zu erleichtern. Ein weiteres Konjunkturpaket wurde zur Stimulierung der Baubranche, insbesondere im Infrastrukturbereich, der Fahrzeugindustrie und des Arbeitsmarktes erlassen. Die derzeitige Preisentwicklung stärkt die Kaufkraft der privaten Haushalte, dem wirken aber die vom Arbeitsmarkt ausgehenden negativen Effekte entgegen. Im nächsten Jahr wird die Nachfrage aus dem Ausland weiterhin eine rückläufige Entwicklung aufweisen, leichte Impulse werden jedoch von der Inlandsnachfrage erwartet. Demnach wird das französische BIP 2010 um ½ % zulegen. An der Preisfront dürfte kein Druck entstehen.

Die französische Wirtschaft ist im vierten Quartal 2008 im Vergleich zum Vorquartal um 1.2 % geschrumpft, gegenüber dem Vorjahr betrug der Rückgang 1 %. Exporte und Investitionen haben zum schlechten Ergebnis beigetragen. Im ersten Quartal wird die Wirtschaftsleistung weiter fallen, weil neben der schrumpfenden Außenwirtschaft diesmal auch der Konsum als Wachstumsträger ausfällt. Die Industrieproduktion ist im Jänner deutlich zurückgegangen. Am stärksten davon betroffen war die güterverarbeitende Industrie. Die Ankündigung der Regierung, der Autoindustrie zu helfen, hat eine Verbesserung der Stimmung in der Branche bewirkt. Im März hat die französische Zentralbank mitgeteilt, dass sich die Stimmung in der gesamten güterverarbeitenden Industrie nicht mehr weiter verschlechtert hat. Trotz stark fallender Preise ist das Vertrauen der Konsumenten auf einem Tiefpunkt geblieben. Der Anstieg der Verbraucherpreise hat im Februar 1 % ausgemacht. Die Produktionspreise fielen im Jänner um 2.9 %. Die Arbeitslosenquote belief sich auf 8.3 %.

Das **Vereinigte Königreich** wird 2009 einen BIP-Rückgang um 3 ¼ % verzeichnen. Neben dem krisengeschüttelten Dienstleistungssektor wird sich – wie in den anderen Ländern der EU – der konjunkturelle Abschwung auch in der Außenwirtschaft niederschlagen. Die starke Abwertung des Pfund gegenüber dem US-Dollar und dem Euro in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres hat zwar die Wettbewerbsfähigkeit verbessert, aufgrund der globalen Rezession kommt dieser Vorteil aber nicht zum Tragen. Die Bedingungen am Arbeitsmarkt werden sich weiter verschlechtern. Durch die schwache Nachfrage und die Rohstoffpreisentwicklung hat die Inflation nachgelassen. Die *Bank of England* hat daher den Leitzinssatz auf 0.5 % gesenkt. Die öffentliche Hand will die Banken bei der Kreditvergabe unterstützen, und mit Hilfe von befristeten Steuersenkungen und öffentlichen Investitionen, vor allem im Infrastrukturbereich, sollen Arbeitsplätze geschaffen werden. 2010 könnte sich die Wirtschaftslage stabilisieren. Die Zins- und Preisentwicklung wird die Investitionstätigkeit beleben. Die Inflation dürfte moderat bleiben.

Im vierten Quartal 2008 ist die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs im Vergleich zum Vorquartal um 1.5 % bzw. um 1.9 % zum Vorjahresquartal geschrumpft. Die Exportentwicklung hat zu diesem Wachstumseinbruch wesentlich beigetragen. Im ersten Quartal 2009 dürfte sich die Rezession verstärkt haben. Die Aktivitäten in der güterverarbeitenden Industrie sind im Jänner stark zurückgegangen und die schlechte Auftragslage weist auf eine weitere Schrumpfung der Produktion in den folgen-

den Monaten hin. Laut *Chartered Institute of Purchasing and Supply* ist der Dienstleistungssektor im Februar zum zehnten Mal in Folge geschrumpft und streicht Arbeitsplätze. Laut *Nationwide Building Society* befand sich das Vertrauen der Haushalte im Februar auf dem niedrigsten Niveau seit 2004. Die Verbraucherpreise sind im Jänner mit 3 % noch immer kräftig gestiegen. Die Produktionspreise legten im Februar hingegen nur noch um 0.5 % zu.

Die Wirtschaft der **Schweiz** steckt seit Sommer 2008 in einer Rezession. Im laufenden Jahr wird sich der konjunkturelle Abschwung beschleunigen. Das BIP wird 2009 voraussichtlich um 2 ¼ % schrumpfen. Den größten Einbruch wird es bei den Ausrüstungsinvestitionen und den Exporten geben. Vom privaten Konsum sind heuer keine Impulse zu erwarten. Zu Preissteigerungen dürfte es nicht kommen. Im Kampf gegen die schwerste Rezession seit Jahrzehnten hat die *Schweizerische Nationalbank* (SNB) die Bandbreite für den Leitzins auf 0 % – 0.75 % gesenkt. Die SNB erwartet, dass das Preisniveau im Jahresdurchschnitt um 0.5 % sinkt. Im nächsten Jahr wird die Wirtschaft der Schweiz um ½ % wachsen. Die Bauindustrie könnte sich wieder beleben, und auch der Außenbeitrag dürfte wieder ein besseres Ergebnis aufweisen. Die Teuerung dürfte nahe bei null liegen.

Das BIP der Schweiz ist im vierten Quartal im Vergleich zum Vorquartal um 0.3 % gefallen. Im Jahresvergleich fiel es um 0.1 %. Einen starken Einbruch verzeichneten die Exporte. Einen Rückgang gab es auch bei den Investitionen, wobei die Ausrüstungsinvestition am stärksten gefallen sind. Im ersten Quartal haben die rezessiven Tendenzen deutlich zugenommen. Der Abwärtstrend im Schweizer Außenhandel hat sich zu Jahresbeginn ungebremsst fortgesetzt. Im Februar brachen die Exporte und Importe erneut zweistellig ein. Die Konsumenten haben sich hingegen von den schlechten Wirtschaftsnachrichten in den vergangenen Monaten nicht allzu stark beeinflussen lassen, Jetzt werden aber auch sie von der Krisenstimmung erfasst. Der UBS-Konsumindikator ist im Jänner deutlich gesunken. Im Jänner wurden im Vergleich zum Vorjahr fast ein Fünftel weniger Autos zugelassen. Stütze für den Indikator waren hingegen die besseren Umsätze im Einzelhandel und die Hotelübernachtungen von einheimischen Gästen. Der Konjunkturabschwung belastet zunehmend den Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote ist im Jänner auf 3.2 % gestiegen. Dank fallender Treibstoff- und Heizölpreise sank die Teuerung im Februar auf den tiefsten Stand seit zwei Jahren. Die Inflation betrug nur noch 0.2 %.

Die Wirtschaft der **USA** wird 2009 um 3 % schrumpfen. Der konjunkturelle Abschwung wird sich damit heuer beschleunigen. Neben der Inlandsnachfrage wird auch die Exportnachfrage nachlassen. Durch den erwarteten Beschäftigungsrückgang dürfte die Arbeitslosenquote auf über 10 % steigen. Die Inflation sinkt. Einen stimulierenden Faktor für die US-Konjunktur bildet die Lockerung der Geldpolitik. Angesichts der schweren Wirtschaftskrise belässt die amerikanische Notenbank den Leitzins vorerst auf seinem historischen Tiefstand von 0 % – 0.25 %. Vom USD 787 Mrd. schweren Konjunkturpaket der Regierung dürfte, laut einer Studie der *National Association of Business Economists* (NABE), nur ein moderater Impuls ausgehen. Im nächsten Jahr wird die US-Wirtschaft wieder einen Wachstumskurs einschlagen. Das Institut erwartet ein BIP-Wachstum um 1 %. Die Exporte werden wieder etwas in Gang kommen und somit zum Wirtschaftswachstum beitragen. Auch wird die Nachfrage der privaten Haushalte nicht mehr weiter schrumpfen.

Im vierten Quartal 2008 sank das BIP in den USA zum Vorquartal um 1.6 % bzw. um 0.8 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Mit Ausnahme der Ausgaben der öffentlichen Hand sind alle Komponenten des BIP gesunken. Im ersten Quartal 2009 setzt sich die Talfahrt der US-Wirtschaft fort. Im Februar ist die Industrieproduktion weiter gefallen, weil die Nachfrage nach langlebigen Wirtschaftsgütern ausgeblieben ist. Es gibt aber auch Anzeichen einer Verlangsamung des Abschwungs. Im Februar wurden weniger Arbeitsplätze abgebaut als in den Vormonaten. Laut *Institute for Supply Management* (ISM) ist der Teilindex für die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe im Februar mit 33 Punkten gegenüber Jänner unverändert geblieben. Auch im Dienstleistungssektor setzte im Februar eine Stabilisierung ein. Der Teilindex für die Neuaufträge ist auf 40.7 Punkte gefallen, nach 41.6 Punkten im Jänner. In beiden Sektoren liegt der Index noch immer deutlich unter der 50-Punkte-Marke, die eine Schrumpfung des Sektors anzeigt. Der *Conference Board Leading Indicator* ist im Februar gefallen, allerdings hat sich auch hier die Abwärtsbewegung verlangsamt. Im Februar betrug die Arbeitslosenquote 9.6 %. Die Inflation ist im Februar zum zweiten Mal in Folge leicht auf 0.2 % gestiegen. Die Produktionspreise sanken im Februar um 1.3 %.

Auch in **Japan** verschärft sich 2009 der konjunkturelle Abschwung. Das Institut erwartet einen BIP-Rückgang um 6 %. Der weltweite Konjunkturerinbruch und die Aufwertung des Yen lassen die Nachfrage nach japanischen Exportgütern sinken. Damit sehen sich die Unternehmen veranlasst, ihre Produktion und Investitionen zu drosseln und Arbeitsplätze abzubauen. Somit könnte die Industrieproduktion im Vergleich zum Vorjahr um 30 % niedriger ausfallen. Der Konsum der privaten Haushalte wird im Jahresverlauf deutlich zurückgehen. Angesichts einer sinkenden Produktion und fallender Preise besteht die Gefahr, dass die japanische Wirtschaft 2009 in eine Depression schlittert. Das Institut erwartet jedoch, dass sich die Lage stabilisieren wird. Im nächsten Jahr wird sich die konjunkturelle Entwicklung stabilisieren. Der Rückgang der Exporte wird sich verringern und die Inlandsnachfrage dürfte sich wieder ausweiten. Die Verbraucherpreise werden voraussichtlich weiter sinken.

Das japanische BIP ist im vierten Quartal 2008 zum Vorquartal um 3.2 % bzw. gegenüber dem Vorjahresquartal um 4.3 % geschrumpft. Die größten Probleme wies die Außenwirtschaft auf. Die Exporte sind zum Vorquartal um 13.8 % bzw. um 12.3 % zum Vorjahresquartal eingebrochen. Im ersten Quartal 2009 wird der Rückgang der Wirtschaftsleistung voraussichtlich einen ähnlich dramatischen Verlauf aufweisen. Im Jänner haben sich die Exporte im Vergleich zum Vorjahr halbiert. Japans Maschinenbauaufträge sind angesichts wegbrechender Exporte den vierten Monat in Folge auf den tiefsten Stand seit fast 22 Jahren gesunken. Im Jänner hat die Arbeitslosenquote 4.2 % betragen. Die Verbraucherpreise haben stagniert. Die Produktionspreise sind um 0.3 % gefallen.

Nach einer besonders dynamischen Entwicklung im ersten Halbjahr 2008 verlor das Wachstum der Wirtschaften der **mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländer** sowie der **Beitrittskandidaten** im zweiten Halbjahr kontinuierlich an Fahrt. Dieser Trend setzte sich zu Jahresbeginn fort. Für 2009 ist nunmehr mit einer BIP-Schrumpfung der neuen EU-Mitgliedstaaten um $\frac{3}{4}$ % zu rechnen, für 2010 mit einer leichten Erholung. Für diese schwächere Wirtschaftsentwicklung ist, neben einer geringeren Nachfrage aus dem Euroraum, der langsamere Anstieg (oder in manchen Ländern der Rückgang) des Konsums und der Investitionen verantwortlich. Aufgrund der starken Spezialisierung der neuen EU-

Mitgliedsländer auf zyklische Sektoren wie die Automobil-, Chemie- und Elektroindustrie sind deren Exporte von der wirtschaftlichen Entwicklung im Euroraum besonders abhängig.

Das starke Wachstum des Konsums und der Investitionen wurde in den letzten Jahren durch einen rapiden Anstieg der Kredite an private Haushalte und Unternehmen sowie durch ausländische Direktinvestitionen und Überweisungen der Gastarbeiter aus den EU-Ländern in ihre Herkunftsländer begünstigt. Die durch die Kredit- und Liquiditätskrise ausgelöste Risikoneubewertung hat einerseits zu einer Erhöhung der Kosten einer externen Finanzierung und andererseits zu restriktiveren Finanzierungsbedingungen geführt und damit das Kreditwachstum gedämpft. Dadurch wurden manche große Bauprojekte in den neuen Mitgliedsländern gestoppt und Unternehmensinvestitionspläne verschoben. Da die Produktion mancher Unternehmen zurückgefahren wird, ist mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Wegen zunehmender Arbeitslosigkeit in Westeuropa kehren viele Gastarbeiter in ihre Heimatländer zurück.

Die Länder mit einem hohen Haushalts- und Leistungsbilanzdefizit sind besonders stark vom Zufluss ausländischer Gelder abhängig. Die Finanzierung der hohen Leistungsbilanzdefizite (über 10 % des BIP in Bulgarien, Rumänien und Kroatien) ist mit erhöhten Risiken verbunden. Allerdings sind die Leistungsbilanzdefizite im vierten Quartal 2008 und Anfang 2009 wegen der niedrigeren Importe deutlich zurückgegangen.

Im Durchschnitt des Jahres 2008 erreichte das Wirtschaftswachstum **Ungarns** 0.5 %, im vierten Quartal ging das BIP um 2.5 % zurück. Die Inlandsnachfrage entwickelte sich im vierten Quartal stark rückläufig. Der Konsum nahm – infolge des starken Rückgangs des privaten und des öffentlichen Konsums – um 4.2 % ab. Die Exporte verloren weiter an Dynamik und gingen um 7.8 % zurück, sie sanken damit allerdings langsamer als die Importe (8.2 %). Die Anlageinvestitionen waren ebenfalls rückläufig. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote stieg im Zeitraum November 2008 bis Jänner 2009 auf 8.4 %, um 0.3 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. Die Verbraucherpreise nahmen langsamer zu, die Inflation betrug im Februar 3 %, 4 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr.

Von den osteuropäischen Mitgliedsländern der EU ist Ungarn bisher am stärksten von der Finanzkrise in Mitleidenschaft gezogen worden. Allerdings stützt das vom IWF, der EU und der Weltbank im Herbst 2008 vereinbarte Hilfspaket in Höhe von 20 Mrd. Euro die Zahlungsbilanz und verschafft der Politik zusätzlichen Spielraum bei der Stabilisierung der Währung. Ungarn hat sich verpflichtet, die Hilfsmaßnahmen durch ein Programm zur Stärkung der makroökonomischen Stabilität, des Bankensystems und des Marktes für Staatsanleihen zu unterstützen. Für das Jahr 2009 wird mit einem Schrumpfen der ungarischen Wirtschaft um 3 % gerechnet. Dieses wird von der stark abnehmenden Inlands- und Auslandsnachfrage verursacht. Für 2010 ist ein leichtes Wachstum um ½ % zu erwarten.

Das Wirtschaftswachstum **Polens** blieb im vierten Quartal und im Durchschnitt des Jahres 2008 mit einer Wachstumsrate von 3.1 % bzw. 4.9 % auf einem hohen Niveau. Während der Anstieg des privaten Konsums mit 5.2 % im vierten Quartal weiter kräftig blieb, verlangsamte sich das Wachstum der Anlageinvestitionen auf 2.1 %, nach über 10 % in der ersten Jahreshälfte. Die Exporte entwickelten

sich rückläufig, während die Importe um 0.4 % zunahmen. Nachdem die Inflationsrate im Sommer mit 4.8 % ihren Höhepunkt erreicht hatte, ging die Teuerung in den nachfolgenden Monaten aufgrund niedrigerer Rohölpreise kontinuierlich zurück und erreichte im Februar 2009 3.6 %. Die Arbeitslosenquote belief sich im vierten Quartal auf 6.7 %. Heuer dürfte das BIP-Wachstum mit ½ % im positiven Bereich bleiben, im Jahr 2010 wird es voraussichtlich 2 % erreichen. Die schon im Jänner eingeführte Senkung der Einkommensteuer und die Erhöhung der Pensionen sowie die erwarteten Reallohnsteigerungen dürften den privaten Konsum stützen. Vor kurzem hat Polen angekündigt, die Einführung des Euro schon für 2011/2012 zu planen, und die Vorbereitungen dafür werden deutlich vorange-
trieben.

Das Wirtschaftswachstum in **Tschechien** verlangsamte sich – trotz einer Erhöhung der Beschäftigung – im vierten Quartal 2008 auf 0.7 % und erreichte im Jahresdurchschnitt 2008 3.1 %. Die positive Entwicklung im vierten Quartal ist hauptsächlich auf den Beitrag des privaten Konsums zurückzuführen (2.8 %). Das Wachstum der Anlageinvestitionen befand sich mit 0.3 % auf einem niedrigen Niveau. Die Exporte, die der Wachstumsmotor in den ersten drei Quartalen 2008 waren, entwickelten sich im vierten Quartal, ähnlich wie die Importe, rückläufig. Die Beschäftigung nahm im vierten Quartal um 1.3 % im Vorjahresvergleich weiter zu, im Zuge dessen ging die Arbeitslosenquote auf 4.4 % zurück. Die Inflationsrate fiel im Februar auf 2 % und befand sich innerhalb des Inflationsziels der Tschechischen Nationalbank für 2009. In den Jahren 2009 und 2010 dürfte sich das Wirtschaftswachstum auf -1 % bzw. 1 ½ % belaufen. Die wirtschaftliche Abschwächung im Euroraum deutet auf eine Zunahme der Schwierigkeiten bei der Vermarktung der Güter exportorientierter Hersteller hin. Daraus resultiert eine hohe Belastung für die tschechische Wirtschaft.

Das Wirtschaftswachstum der **Slowakei** erreichte im vierten Quartal 2008 2.5 %, im Jahresdurchschnitt 2008 belief es sich auf 6.4 %. Zur positiven Entwicklung im vierten Quartal hat hauptsächlich die Nachfrage aus dem Inland beigetragen, während der Wachstumsbeitrag der Nettoexporte negativ wurde. Infolge der Zunahme der Beschäftigung blieb das Wachstum des privaten Konsums mit 4.7 % weiter robust. Das Wachstum der Anlageinvestitionen verlangsamte sich auf 1.4 %. Der Beschäftigungsanstieg schwächte sich im vierten Quartal auf 2.8 % ab, während sich die Anzahl der slowakischen Arbeitsmigranten im Ausland weiter verringerte. Der Anstieg der Verbraucherpreise verlangsamte sich im vierten Quartal auf 3.1 %. Die Euroeinführung am 1. Jänner 2009 hat die slowakischen Märkte vor einem Rückgang der Kapitalzuflüsse geschützt. Um die Wirtschaft anzukurbeln, plant die slowakische Regierung für 2009 eine expansive Fiskalpolitik – hauptsächlich finanziert durch die EU-Strukturfonds. Die positive Wirtschaftsentwicklung dürfte sich in der Prognoseperiode, allerdings mit deutlich verlangsamtem Tempo, fortsetzen. Für die Jahre 2009 und 2010 wird ein Wachstum von 1 % bzw. 2 % erwartet.

Das **slowenische BIP** verzeichnete im vierten Quartal 2008 einen Rückgang um 0.9 %. Im Jahresdurchschnitt wuchs es um 3.5 %. Das negative Ergebnis im vierten Quartal ist hauptsächlich auf die Auslandsnachfrage und die Anlageinvestitionen zurückzuführen. Die Exporte und die Importe entwickelten sich rückläufig. Die Anlageinvestitionen schrumpften um 5.3 %. Das Wachstum des privaten Konsums ließ nach und erreichte nur mehr 1.1 %. Die Dämpfung der Konjunktur zeigte bereits zu

diesem Zeitpunkt erste Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt: Die Beschäftigung nahm ab – die Arbeitslosigkeit erreichte im Jänner 2009 7.8 %. Die Inflation ist im Februar auf 2.1 % gesunken. Um die Wirtschaft zu stützen, implementiert die slowenische Regierung derzeit ein Krisen-Hilfspaket im Umfang von 860 Mio. Euro. Für 2009 wird im Einklang mit der internationalen Konjunkturerwicklung mit einem BIP-Rückgang um ½ %, für 2010 mit einem Wachstum um 1 ½ % gerechnet.

Im Durchschnitt des Jahres 2008 betrug das Wachstum der **rumänischen Wirtschaft** 7.1 %, im vierten Quartal nur 2.9 %. Wesentliche Stützen des Wachstums waren im vierten Quartal die Nettoexporte und die Anlageinvestitionen, deren Entwicklung sich aber im Vergleich zu den ersten neun Monaten deutlich abschwächte. Während die Exporte im vierten Quartal um 1.6 % wuchsen, sind die Importe um 10 % zurückgegangen, was zu einer signifikanten Abnahme des Leistungsbilanzdefizits führte. Der private Konsum nahm um 4.7 % ab. Die Inflationsrate blieb dennoch hoch und betrug im Februar 7.8 %. Es ist aber zu erwarten, dass sie sich im Laufe des Jahres abschwächen wird. Angesichts der Verschlechterung der Wachstumsaussichten reduzierte die Zentralbank im Februar ihre Interventionsrate um ¼ Prozentpunkt und erleichterte die Vergabe von Hypothekarkrediten an private Haushalte. Der RON bleibt weiter unter Abwertungsdruck und hat seit Anfang des Jahres 2009 8 % seines Werts verloren. Die Arbeitslosenquote stieg im Jänner infolge des Personalabbaus in manchen Unternehmen auf 4.9 %. Um die Wirtschaft zu stützen und die Währungsreserven der Zentralbank zu stärken, verhandelt Rumänien derzeit mit der EU und dem IWF über einen Kredit in Höhe von ca. 19 Mrd. Euro. Mit einer Abkühlung des Wirtschaftswachstums infolge der Dämpfung der Konjunktur im Euroraum und der verschärften Finanzierungsbedingungen für Konsum und Investitionen ist für 2009 zu rechnen. Das BIP dürfte 2009 um ½ % schrumpfen und 2010 um 2 % zulegen.

In **Bulgarien** schwächte sich das Wirtschaftswachstum im vierten Quartal auf 3.5 % ab. Im Jahresdurchschnitt 2008 erreichte es 6 %. Infolge der Finanzkrise, die den Druck auf die Kosten und die Verfügbarkeit von externen Finanzierungen erhöhte, hat die Dynamik des privaten Konsums im vierten Quartal spürbar nachgelassen. Die Anlageinvestitionen blieben weiter auf einem hohen Niveau und nahmen um rund 16 % zu. Die Exporte und die Importe entwickelten sich dagegen rückläufig. Wegen des erwarteten Rückgangs der Inlandsnachfrage ist mit einer Verringerung des hohen Leistungsbilanzdefizits im Jahr 2009 zu rechnen. Die Inflationsrate war im Februar mit 6 % weiterhin hoch, allerdings mit sinkender Tendenz. Aufgrund der hohen Budgetüberschüsse der letzten Jahre befindet sich die bulgarische Regierung in einer guten Ausgangsposition, um dem Wirtschaftsabschwung gegenzusteuern. Im Jahr 2009 ist mit einem Rückgang der bulgarischen Wirtschaft um ½ % zu rechnen, 2010 dürfte das Wirtschaftswachstum 2 % betragen.

In **Kroatien** verlangsamte sich die Wirtschaftsdynamik im vierten Quartal weiter und erreichte im Durchschnitt des Jahres 2008 voraussichtlich 2.2 %. Die Konjunkturdynamik blieb im vierten Quartal als Resultat der stagnierenden Kreditvergabe und der verschlechterten internationalen Rahmenbedingungen schwach. Wegen schrumpfender Importe ist heuer mit einer Verringerung des hohen Leistungsbilanzdefizits zu rechnen. Der Inflationsdruck hat in den letzten Monaten nachgelassen, die Inflationsrate betrug im Februar 4.2 %. In den Jahren 2009 und 2010 wird das BIP-Wachstum auf-

grund der restriktiveren Geldpolitik und des langsameren Kreditwachstums voraussichtlich -3 % bzw. 1 % betragen.

Im Durchschnitt des Jahres 2008 wuchs die **russische Wirtschaft** um 5.6 %. Das Wachstum verlangsamte sich seit dem vierten Quartal deutlich, weil die internationale Nachfrage nach Rohstoffen, die einen großen Anteil an den russischen Exporten ausmachen, sank und verstärkt Kapital aus Russland abgezogen wurde. Der russische Aktienmarkt wies starke Verluste aus, der Rubel wertete um ca. 50 % gegenüber dem US-Dollar ab. Um die Wirtschaft zu stützen, hat die Regierung bisher bereits einen großen Teil der Fremdwährungs- und Finanzreserven verwendet. In den letzten Monaten sind die Anlageinvestitionen stark zurückgegangen, und das Wachstum des privaten Konsums hat spürbar nachgelassen. Die Inflation beschleunigte sich im Februar 2009 auf 14 %. Die Arbeitslosenquote stieg auf 8 %. Um die Wirtschaft anzukurbeln, hat die Regierung ein massives Anti-Krisen-Paket verabschiedet. Im Wesentlichen stellt das Paket eine Lockerung der Geld- und Fiskalpolitik dar. 2009 dürfte die russische Wirtschaft um 1 % schrumpfen, 2010 um 1 ½ % zunehmen.

Internationale Rahmenbedingungen

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2006	2007	2008	2009	2010
Welthandel	8.7	5.9	1.4	-10	3 ½
BIP, real					
Deutschland	3.0	2.5	1.3	-4 ¼	½
Italien	2.0	1.6	-1.0	-3 ¾	¼
Frankreich	2.2	2.2	0.8	-3 ½	½
Vereinigtes Königreich	2.8	3.0	0.7	-3 ¼	0
Schweiz	3.4	3.3	1.8	-2 ¼	½
USA	2.8	2.0	1.1	-3	1
Japan	2.4	2.2	-0.6	-6	0
China	11.6	13.0	9.0	6	7.5
Polen	6.2	6.6	4.9	½	2
Slowakei	8.5	10.4	6.4	1	2
Tschechien	6.8	6.0	3.1	-1	1 ½
Ungarn	4.1	1.1	0.5	-3	½
Slowenien	5.9	6.8	3.5	-½	1 ½
Bulgarien	6.3	6.2	6.0	-½	2
Rumänien	7.9	6.2	7.1	-½	2
Kroatien	4.7	5.5	2.2	-3	1
Russland	6.7	8.1	5.6	-1	1 ½
Euroraum	2.9	2.6	0.8	-3 ½	½
NMS-12	6.5	6.2	4.0	-¾	1 ½
EU-27	3.1	2.9	1 ¼	-3 ¼	½
OECD	3.1	2.6	0.9	-3 ½	½
Österreichische Exportmärkte	11.1	7.7	2.5	-8 ½	3
USD/EUR Wechselkurs *)	1.26	1.37	1.47	1.30	1.30
Rohölpreise **)**)	64.3	71.1	97.5	44	60

Quelle: EUROSTAT, IWF, OECD, Nationale Statistische Ämter, eigene Berechnungen.

*) absolute Werte

**) USD/barrel

3. Die österreichische Außenwirtschaft

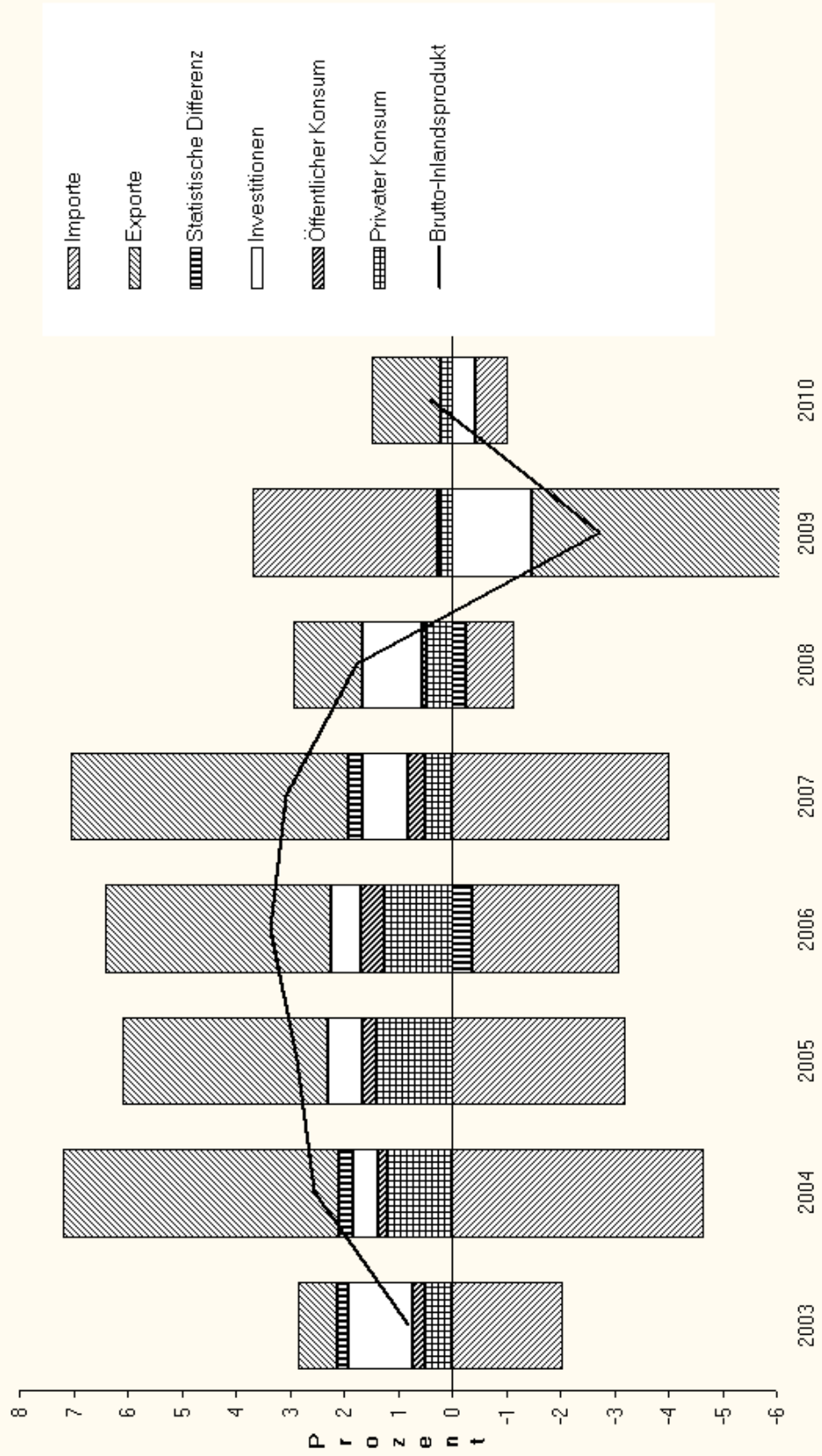
Angesichts der sehr engen globalen Verflechtungen bleibt die österreichische Exportwirtschaft im laufenden Jahr von der weltweit rückläufigen Nachfrageentwicklung nicht verschont. Der asiatische Markt und die osteuropäischen Nachbarländer, die 2008 die Stütze für die österreichische Exportwirtschaft bildeten, befinden sich nun selbst im konjunkturellen Abwärtssog. Nachteile für die österreichische Exportwirtschaft ergeben sich auch durch ihre Produktpalette, wobei sich vor allem der Fokus auf die Sektoren Bearbeitete Waren, Maschinen und Fahrzeuge derzeit als Nachteil erweist. Durch die schrumpfende Nachfrage wird die Teuerung 2009 bei den Exporten und Importen deutlich nachlassen. 2010 dürfte die Nachfrage aus dem Ausland wieder etwas an Dynamik gewinnen, was gleichzeitig ein Anziehen der Außenhandelspreise mit sich bringen wird. Die Handelsbilanz dürfte 2009 und 2010 ein leichtes Defizit aufweisen.

2009 werden die nominellen Warenexporte voraussichtlich um 10.9 % zurückgehen. Nach dem schlechten Ergebnis im vierten Quartal 2008 dürfte sich die Lage der österreichischen Exportwirtschaft im ersten Quartal 2009 weiter deutlich verschärft haben, und auch im Jahresverlauf ist kein markanter Aufschwung in Sicht. Die Exporte in den Euroraum könnten im laufenden Jahr um 13 % fallen. Den stärksten Einbruch werden voraussichtlich die Warenexporte nach Deutschland und Italien verzeichnen. Der Nachfragerückgang aus den Ländern außerhalb der Währungsunion dürfte hingegen geringer sein. Betrachtet man die Warenexporte nach Produktgruppen, so werden die Exporte von bearbeiteten Waren, Maschinen und Fahrzeuge den größten Rückgang verzeichnen. Weniger von der konjunkturellen Abschwächung dürfte der Export von Lebensmitteln betroffen sein. Mit der Stabilisierung der Weltkonjunktur wird sich auch die Lage der österreichischen Exportwirtschaft wieder etwas verbessern. Das Institut erwartet für 2010 bei den nominellen Warenexporten einen Zuwachs um 3.1 %. Die Warenimporte werden im Jahresdurchschnitt 2009 um 8.8 % sinken. Nächstes Jahr werden sie um 2 % zunehmen.

Nach einem ausgezeichneten Ergebnis im Vorjahr wird die Rezession in den Nachbarländern die österreichische Tourismusindustrie spürbar belasten. Die österreichischen Reiseverkehrsexporte werden 2009 voraussichtlich nominell um 1 % sinken. Die Reiseverkehrsimporte werden um 2.5 % fallen. Für 2010 wird eine Stagnation der Reiseverkehrsexporte (-0.3 %) erwartet, die Importe werden um 0.5 % zulegen.

Der Rückgang der realen Exporte i. w. S. laut VGR wird 2009 7.9 % ausmachen. Der Rückgang der realen Warenexporte wird sich auf 9.5 % belaufen. 2010 werden die Exporte i. w. S. laut VGR um 2.2 %, die Warenexporte um 2.8 % steigen. Für die realen Importe i. w. S. laut VGR wird für 2009 ein Rückgang um 6.2 % erwartet. Im kommenden Jahr werden sie voraussichtlich um 1.2 % zunehmen. Die realen Warenimporte werden 2009 voraussichtlich um 6.7 % sinken. 2010 ist mit einem leichten Anstieg um 1.5 % zu rechnen.

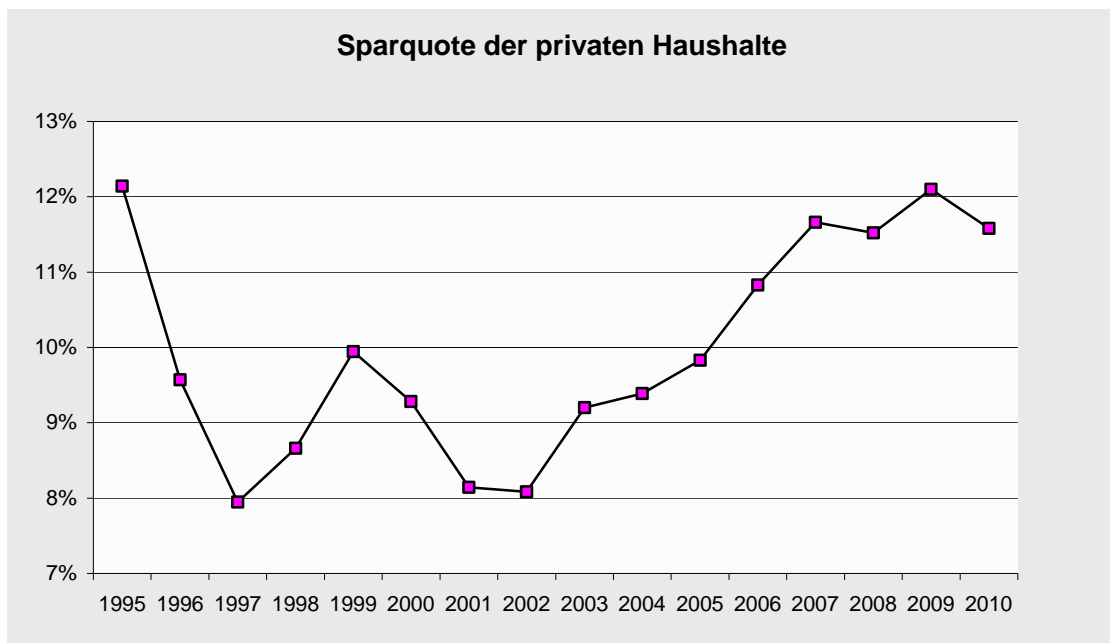
Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten



4. Perspektiven der Inlandskonjunktur

Im laufenden Jahr erwächst den österreichischen Haushalten durch die vorgezogene Steuerreform ein zusätzlicher Einkommensimpuls, der die Auswirkungen der gegenwärtigen rezessiven Tendenzen auf die Nachfrage dämpft. Die real verfügbaren Haushaltseinkommen steigen heuer um 1 % und damit stärker als im Vorjahr. Trotzdem dauert die in den letzten Jahren zu beobachtende Zurückhaltung bei den Ausgaben der Haushalte weiter an und könnte sich noch etwas verstärken. Einbrüche bei den Kfz-Neuzulassungen und real fallende Umsätze im Einzelhandel sind Indikatoren, die diese Einschätzung unterlegen. Steigende Arbeitslosigkeit und auch die Angst vor einem möglichen Verlust des Arbeitsplatzes lassen viele Haushalte vorsichtiger agieren, als es ihrem Anschaffungsspielraum entspräche.

Der reale **private Konsum** wächst im laufenden Jahr um 0.4 %. Für das kommende Jahr geht die Prognose von einem realen Ausgabenzuwachs in der selben Größenordnung aus. Die wirkenden Reaktionsmuster sind aber in beiden Jahren durchaus unterschiedlich. Während die Haushalte heuer ihren Realeinkommenszuwachs nicht voll ausschöpfen und dadurch ihre Sparquote steigern, wird 2010 das verfügbare Haushaltseinkommen um 0.2 % fallen. Die Haushalte werden dann ihre angehäuften Sparpolster bei allmählich wieder optimistischerem Gesamtbild zur Aufrechterhaltung ihrer Konsumgewohnheiten verwenden und damit ihre Sparquote senken. Solcherart erfüllt der private Konsum nicht nur eine wichtige Funktion als Stütze in Zeiten schwacher Konjunktur, sondern auch als Werkzeug zur Glättung der Dynamik der Inlandsnachfrage.



Die Grafik der **Haushaltssparquote** zeigt den markanten Abfall bis 1997 und den kontinuierlichen Anstieg von 2002 bis 2007. Laut Prognose des Instituts wird diese Kenngröße nun im laufenden Jahr einen neuen Spitzenwert von über 12 % erreichen und in der Folge wieder auf den Vorjahreswert abfallen. Auch im außergewöhnlichen Rahmen rezessiver Konjunktur folgt die Dynamik der Sparquote dem Muster früherer Steuerreformen: Auf eine verzögerte Reaktion der Nachfrage im Reformjahr mit steigender Sparneigung folgt eine nachwirkende Belebung mit fallendem Anteil des Sparens am Einkommen.

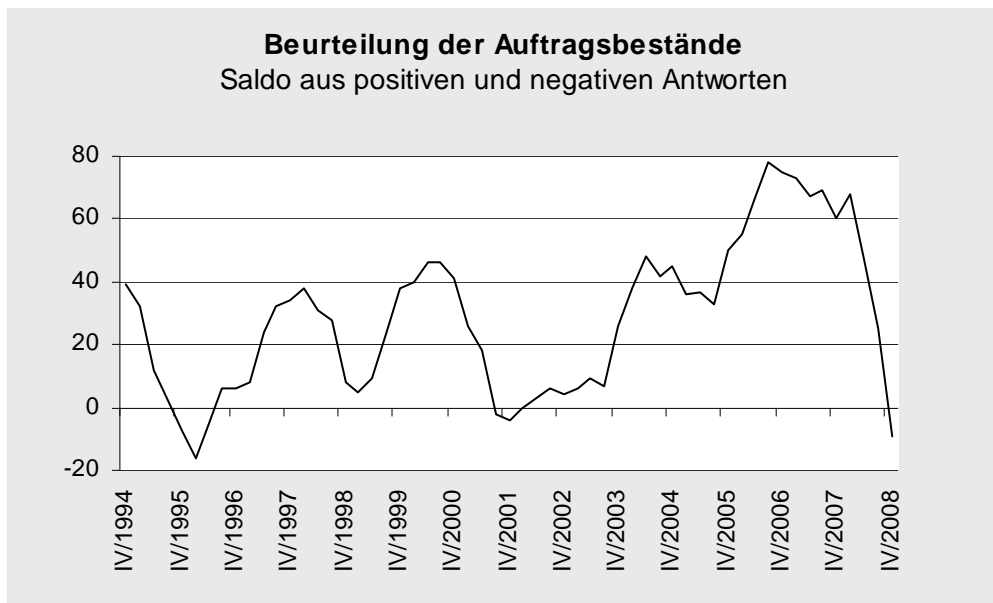
Für das verhältnismäßig kleine Nachfrageaggregat **Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbscharakter** ist im Prognosezeitraum zunächst von einem realen Rückgang um 1 % auszugehen, der die bereits leicht negative Dynamik des Vorjahres fortsetzt. Für das nächste Jahr erwartet das Institut ein reales Stagnieren dieses Aggregates auf dem derzeitigen Niveau.

Nach dem aktuellen Stand der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind die **realen Ausrüstungsinvestitionen** (einschließlich sonstige Anlagen) im Jahresdurchschnitt 2008 um 2.1 % gestiegen. Dabei wurden die Anschaffungen von Fahrzeugen um 8 % ausgeweitet, während die Käufe neuer Maschinen und Geräte zurückgingen. Im Jahresverlauf hat die konjunkturelle Abschwächung die Sachkapitalbildung erfasst. In saisonbereinigter Betrachtung waren die Ausrüstungsinvestitionen in der zweiten Jahreshälfte rückläufig. Im Prognosezeitraum muss mit einem starken Rückgang der Sachkapitalbildung gerechnet werden. Die Rezession in den Industrieländern drückt die Absatz- und Ertragsperspektiven vor allem der exportorientierten Unternehmen. Angesichts einbrechender Aufträge beurteilen die Industrieunternehmen die künftige Produktionstätigkeit äußerst pessimistisch. Die Auslastung der vorhandenen Produktionskapazitäten ist markant gefallen, sodass kaum die Notwendigkeit für Erweiterungsinvestitionen besteht. Vor dem Hintergrund einer generellen Risikoneubewertung und der Refinanzierungsprobleme von Geschäftsbanken haben sich zudem die Bedingungen für die Finanzierung der Sachkapitalbildung erheblich verschlechtert. So ist der Renditevorsprung von Unternehmensanleihen gegenüber Staatsanleihen deutlich gestiegen. Darüber hinaus agieren die Banken vor dem Hintergrund sinkender Unternehmensgewinne zurückhaltender bei der Kreditvergabe. Rückläufige Erträge erschweren auch die Selbstfinanzierung von Investitionen. Belastet wird die Investitionstätigkeit zudem durch die massive Reduktion der Aktienkurse in den vergangenen Monaten. Die direkte Finanzierung von Sachkapitalinvestitionen über Aktienemissionen spielt in Österreich eine eher untergeordnete Rolle. Aufgrund vielfältiger Eigentumsverflechtungen zwischen den Unternehmen sinken mit zurückgehenden Börsenkursen jedoch die Buchwerte des Vermögens. Dieses dient häufig als Sicherheit bei der Aufnahme von Bankkrediten. Die im Rahmen der Konjunkturpakete und der Steuerreform vorgesehenen Maßnahmen der Bundesregierung, etwa die befristete beschleunigte Abschreibung von beweglichen Anlagegütern oder Erleichterungen beim Zugang zu Fremdfinanzierungen mittels erweiterter Haftungsübernahmen, stützen zwar die Sachkapitalbildung, die negativen Auswirkungen des massiven Nachfrageeinbruchs können diese Investitionsanreize jedoch nicht kompensieren.

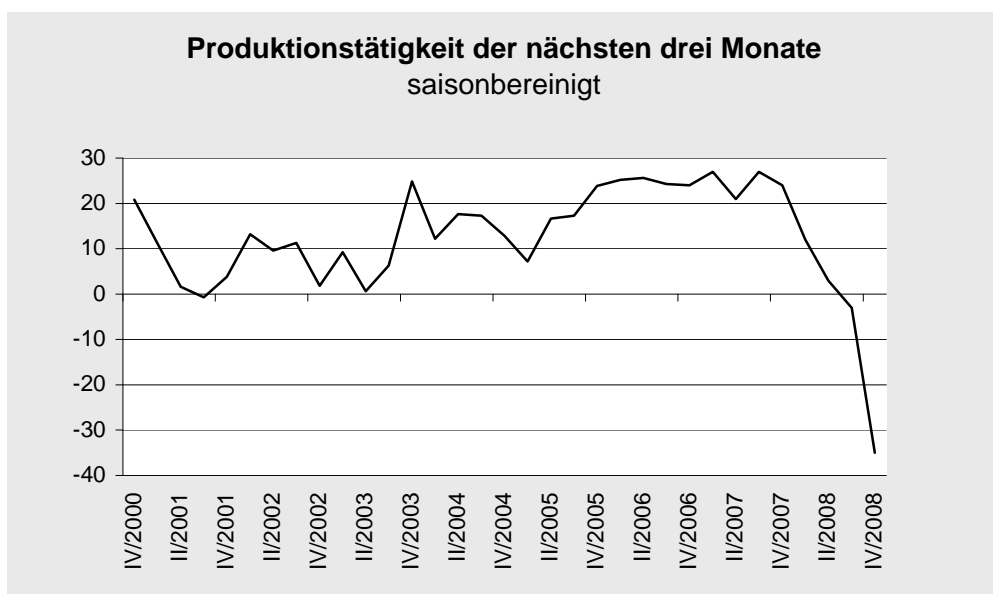
Vor diesem gesamtwirtschaftlichen Hintergrund dürften die realen Ausrüstungsinvestitionen heuer um 8 % und 2010 um 1 % sinken. Dabei sollte im Verlauf des kommenden Jahres im Einklang mit der

wirtschaftlichen Erholung und einer Verbesserung der Finanzierungsbedingungen eine Belebung der Sachkapitalbildung einsetzen.

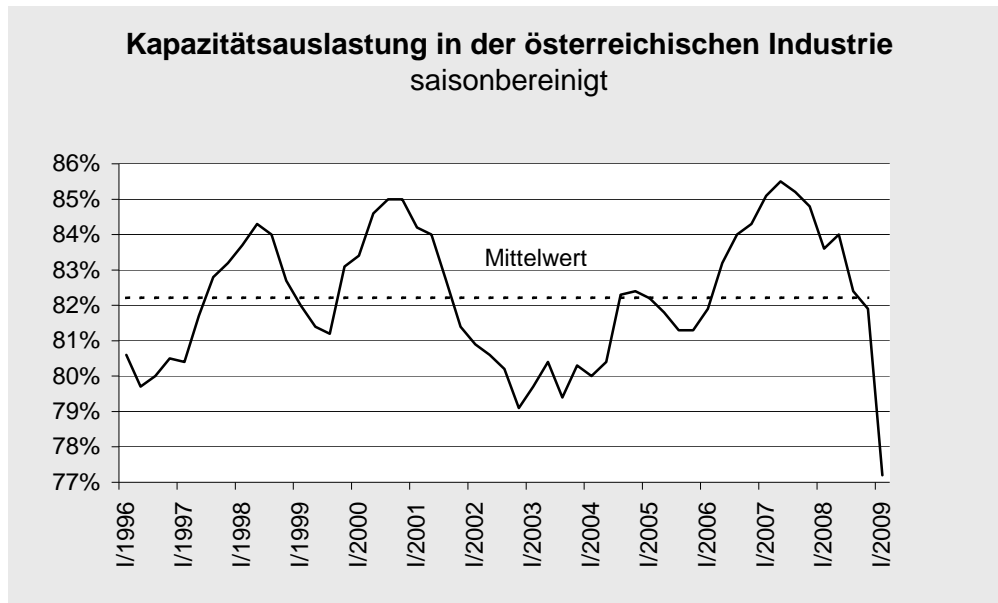
Aufgrund der hohen Wettbewerbsintensität auf den internationalen Märkten für Investitionsgüter ist der Preisindex der Ausrüstungsinvestitionen im zurückliegenden Aufschwung nur moderat gestiegen. Im Jahresdurchschnitt 2008 belief sich die Preissteigerungsrate in diesem Bereich auf 1 %. Da sich die Rezession in den Industriestaaten vor allem in einem Einbruch der Investitionen niederschlägt, dürfte der Preisindex der Ausrüstungsinvestitionen im laufenden Jahr um 1 % sinken und 2010 auf dem Niveau des heurigen Jahres verharren.



Quelle: Industriellenvereinigung



Quelle: Industriellenvereinigung



Quelle: Europäische Kommission

Die **realen Bauinvestitionen** wurden im vergangenen Jahr um 1.5 % ausgeweitet. Impulse kamen vom Tiefbau, während die Wohnbautätigkeit zurückging. In saisonbereinigter Betrachtung sanken in der zweiten Jahreshälfte auch die Nicht-Wohnbauinvestitionen. Der Wohnbau wurde durch die hohen Steigerungen der Baupreise belastet. Die stark anziehenden Energie- und Rohstoffpreise resultierten in einer markanten Zunahme der Preise für häufig am Bau verwendete Materialien wie Kupfer, Bleche, Stahl, Kunststoff und Bitumen. Die hohen Baukosten belasteten vor allem die Bautätigkeit der privaten Haushalte. Obwohl auch der Tiefbau von den Preissteigerungen betroffen war, weitete die öffentliche Hand die Infrastrukturinvestitionen deutlich aus.

Für den Prognosezeitraum ist mit einem weiteren Rückgang der Errichtung von Wohngebäuden zu rechnen. Gedrückte Einkommensperspektiven in Folge der verschlechterten Arbeitsmarktentwicklung beeinträchtigen die Wohnbauinvestitionen. Auch vom Wirtschaftsbau sind keine Impulse zu erwarten. Angesichts des schwachen gesamtwirtschaftlichen Umfelds und der stark sinkenden Ausrüstungsinvestitionen werden sich die Unternehmen bei der Errichtung neuer Fabrikhallen und Bürogebäude zurückhalten. Gestützt wird der Hochbau durch vorgezogene Investitionen der Bundesimmobiliengesellschaft BIG. Auch die Entspannung bei den Baukosten aufgrund der gesunkenen Rohstoffpreise und die Förderung der thermischen Gebäudesanierung im Rahmen der Konjunkturbelebungsmaßnahmen federn den Rückgang der Hochbauinvestitionen ab. Positiv dürfte sich weiterhin der Tiefbau entwickeln. Mit den Konjunkturpaketen werden finanzielle Mittel für beschleunigte Investitionen der ASFINAG und der ÖBB in den Ausbau und die Modernisierung der Straßen- und Schieneninfrastruktur bereitgestellt. Da die Planung und Auswahl entsprechender Bauprojekte Zeit benötigt, werden diese Maßnahmen ihre Wirkung vor allem in der zweiten Hälfte des heurigen Jahres und im kommenden Jahr entfalten. Alles in allem dürften die realen Bauinvestitionen heuer um 2 % und im kommenden Jahr um 1 % sinken.

Angesichts stark steigender Energie- und Rohstoffpreise sind die Baupreise im Jahr 2008 um 4.9 % gestiegen. Im Hochbau belief sich der Preisanstieg auf 4.8 %, im Tiefbau auf 5.1 %. Damit erhöhte sich der Preisindex der Bauinvestitionen um 4.9 %. Aufgrund der rückläufigen Rohstoffkosten erwartet das Institut für 2009 eine Abschwächung des Preisauftriebs auf 2 % und für das kommende Jahr einen weiteren Rückgang auf 1.5 %.

Aufgrund eines äußerst kräftigen Lageraufbaus wurden die gesamten **realen Bruttoinvestitionen** (einschließlich Lagerbestandsveränderungen) im vergangenen Jahr um 4.8 % ausgeweitet. Im laufenden Jahr dürften sie um 6.3 % und 2010 um 1.9 % sinken.

Der Konjunkturunbruch und die Maßnahmenpakete der Regierung zur Stabilisierung der heimischen Nachfrage führen zu einem massiven Anstieg des gesamtstaatlichen Defizits. Die Einnahmen der **öffentlichen Haushalte** werden infolge des Rückgangs der Wirtschaftsleistung und der Steuerreform spürbar zurückgehen. Die Konjunkturpakete und die systemimmanenten automatischen Stabilisatoren – über den Anstieg der Transferleistungen – werden zu einem deutlichen Anziehen der Ausgaben führen. Die Bundesregierung dürfte versuchen, mittels einer Kürzung der Ermessensausgaben der starken Dynamik bei den Ausgaben entgegenzuwirken, sodass die budgetäre Situation nicht aus dem Ruder läuft. Nach einem gesamtstaatlichen Budgetdefizit von 0.3 % des BIP im Jahr 2008 dürfte es in diesem Jahr auf 3.3 % ansteigen und nächstes Jahr 4 % betragen. Der öffentliche Schuldenstand wird infolge des höheren Defizits und der Ausgaben im Rahmen des Finanzmarktstabilitätsgesetzes deutlich anziehen. Es ist aber zu berücksichtigen, dass der Staat im Rahmen der Unterstützung der Banken auch Aktiva erhält und somit die reine Betrachtung des Schuldenstandes irreführend ist.

Nachdem im letzten Jahr die Einnahmen weiterhin kräftig angezogen haben, ist für heuer mit einem deutlichen Rückgang zu rechnen. Dies ist einerseits auf den wirtschaftlichen Einbruch und andererseits auf steuerliche Entlastungsmaßnahmen zurückzuführen. Die Steuerreform im Ausmaß von 2.3 Mrd. Euro, das Familienpaket mit einem Volumen von rund 500 Mio. Euro sowie deutlich geringere Einnahmen aus der Körperschaftsteuer führen zu einem Rückgang der Einnahmen aus direkten Steuern. Der schwache Konsum, die deutlich moderatere Inflation und die Senkung der Mehrwertsteuer auf Medikamente führen zu einem nur sehr leichten Anstieg der Konsumabgaben. Für das nächste Jahr lässt die schwache Entwicklung der Lohnsumme und der Körperschaftsteuer – infolge des verzögerten Durchschlagens der Unternehmensgewinne auf das Steueraufkommen – ebenso nur eine sehr moderate Entwicklung erwarten. Die beträchtliche steuerliche Entlastung sowie die Wirkung der automatischen Stabilisatoren führen somit im Prognosezeitraum zu einer sehr schwachen Entwicklung auf der Einnahmenseite.

Auf der Ausgabenseite werden heuer vor allem die Transferzahlungen kräftig zulegen. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit, das höhere Angebot an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie die Verlängerung und Ausweitung der Kurzarbeit implizieren deutlich höhere Ausgaben für die passive und aktive Arbeitsmarktpolitik. Die hohe Inflation im letzten Jahr hatte kräftige Erhöhungen bei den Pensionen und den Löhnen und Gehältern der öffentlich Bediensteten zur Folge, was das heurige Budget belastet. Im nächsten Jahr wird der Anstieg wesentlich geringer ausfallen. Zusätzlich wirken auch einige

der Parlamentsbeschlüsse vom letzten September heuer und auch nächstes Jahr nach. Der reale öffentliche Konsum wird sich mit einem Wachstum von 0.3 % im laufenden Jahr nur schwach entwickeln. Nächstes Jahr sollte er auf dem heurigen Niveau stagnieren.

Im internationalen Vergleich greift die Bundesregierung mit den beschlossenen Maßnahmen den privaten Haushalten kräftiger unter die Arme, als dies in anderen europäischen Ländern der Fall ist. Damit wird der private Konsum stabilisiert, jedoch zieht das Budgetdefizit deutlich an. Dazu kommen Maßnahmen, mit denen die Unternehmer entlastet werden und die in den nächsten Jahren budgetär wirksam werden. Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, die Stabilität der öffentlichen Finanzen nicht aus den Augen zu verlieren.

Angesichts der in diesem Zeitraum noch günstigen Konjunktorentwicklung und des massiven Preisanstiegs haben sich die **Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten** im Jahr 2008 eher verhalten entwickelt. Im abgelaufenen Jahr sind die Tariflöhne im Durchschnitt um 3.1 % angestiegen. Nach den vorläufigen Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind die Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten lediglich um 2.6 % angestiegen. Allerdings haben ein statistischer Sondereffekt bei der Erhebung der Aktiv-Beschäftigten und der wachsende Anteil an Teilzeitbeschäftigung den gemessenen Anstieg der Arbeitnehmerentgelte im Jahr 2008 etwas gedämpft.

In der Herbstlohnrunde des vorigen Jahres standen die Verhandlungspartner vor der Herausforderung, zwei zuwiderlaufende Tendenzen auszugleichen. Einerseits rechtfertigten die wirtschaftlichen Ergebnisse der Unternehmen und die unerwartet hohen Preissteigerungen in der ersten Jahreshälfte 2008 kräftige Lohnsteigerungen. Andererseits hatte sich der wirtschaftliche Ausblick für das Jahr 2009 bereits im Herbst eingetrübt, und die Dynamik der Inflationsrate hatte sich bereits beruhigt. Der Lohnabschluss der Metallindustrie kam schließlich bei der 4-Prozent-Marke zu liegen und wird zu einer merkbaren Steigerung der Kaufkraft der Arbeitnehmer im Jahr 2009 beitragen. Im Kollektivvertrag ist auch eine erfolgsabhängige Einmalzahlung enthalten. Dieses Instrument erweist sich gerade in der gegenwärtig kritischen konjunkturellen Situation als wertvolle Möglichkeit, die Kaufkraftstärkung der Arbeitnehmer mit der Absicherung der nachhaltigen Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu vereinbaren.

Aufgrund der dramatischen Verschlechterung der konjunkturellen Rahmenbedingungen erwartet das Institut für die vorliegende Prognose heuer eine erhebliche negative Lohndrift. Für das Jahr 2009 geht das Institut von einem Anstieg der Arbeitnehmer-Entgelte je Aktiv-Beschäftigten um 2.4 % aus. Dieser Wert sollte ein kräftiges Reallohnwachstum um 1.5 % implizieren.

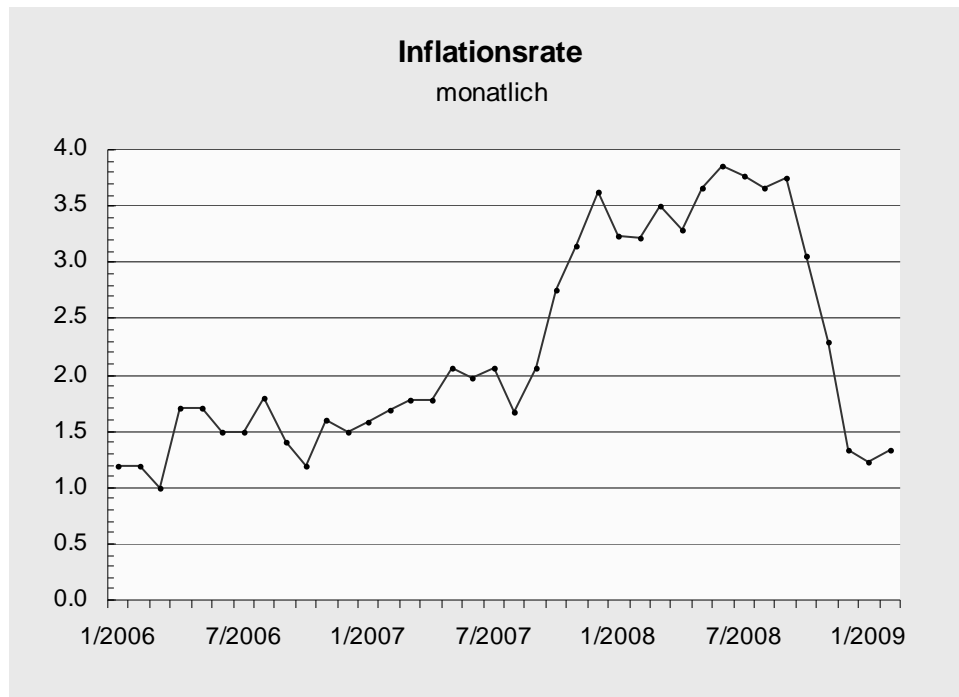
Dem prognostizierten relativ starken Wachstum der Reallöhne wird im laufenden Jahr ein massiver Rückgang der Arbeitsproduktivität um 1.4 % gegenüberstehen. Aus diesem Grund erwartet das Institut sehr maßvolle Lohnabschlüsse bei der nächsten Lohnrunde. Für das Jahr 2010 wird deshalb ein Anstieg der Arbeitnehmerentgelte – im Gleichklang mit der Entwicklung der Arbeitsproduktivität – um lediglich 0.7 % prognostiziert. Die Reallöhne werden dann voraussichtlich um 0.7 % zurückgehen.

Das Jahr 2008 war von einem außergewöhnlich starken und hartnäckigen Anstieg der Inflationsrate geprägt. Im Durchschnitt der ersten drei Quartale des abgelaufenen Jahres kam der Anstieg der Verbraucherpreise bei über 3.5 % zu liegen. Die starke Dynamik der Verbraucherpreise des Vorjahres stellte ein globales Phänomen dar, das vom kräftigen und langdauernden Anstieg der Energie- und Rohstoffpreise und der deutlichen Zunahme der Preise für agrarische Rohstoffe ausgelöst wurde. Im Euroraum hat sich der Anstieg des HVPI ab September 2007 für ein Jahr beinahe verdoppelt und kam in den Monaten Juni und Juli sogar bei 4 % zu liegen. Die Entwicklung des HVPI Österreichs folgte ziemlich genau jener im Euroraum.

Spiegelbildlich zum Anstieg der Inflation in den ersten drei Quartalen des Vorjahres befindet sich der Preisauftrieb seit November im freien Fall. Die globale Nachfrageschwäche im Gefolge der Finanzkrise hat zu einem beeindruckenden Rückgang der Energie- und Rohstoffpreise geführt, der sich rasch in den Verbraucherpreisen fortpflanzte. Durch den markanten Rückgang der Inflation gegen Ende des abgelaufenen Jahres ergab sich schließlich ein jahresdurchschnittlicher Anstieg der Verbraucherpreise (sowohl VPI als auch HVPI) von 3.2 %. Die jahresdurchschnittliche Inflation in Österreich lag damit knapp unter dem Durchschnitt im Euroraum von 3.3 %.

Der verhaltene Preisauftrieb hat sich zu Jahresbeginn fortgesetzt. In den ersten zwei Monaten lag die Inflationsrate bei 1 ¼ %. Die globale Wirtschaftskrise wird dazu beitragen, dass sich die Dynamik der Preise weiter verlangsamt. Insbesondere bei den Energie- und Rohstoffpreisen ist im laufenden Jahr keine Belebung zu erwarten. Weiters sollte die schwache heimische Konjunktur den Preisauftrieb dämpfen. Aus diesen Gründen sieht sich das Institut veranlasst, die Prognose für die Inflationsrate im Jahr 2009 auf 0.9 % zurückzunehmen.

Auch für das Jahr 2010 ist keine signifikante Belebung des Preisanstiegs in Sicht. Da sich die Konjunktur nur zaghafte erholen wird, werden die Impulse für den Preisauftrieb verhalten bleiben. Dementsprechend erwartet das Institut eine jahresdurchschnittliche Inflationsrate von 1.4 %.



Quelle: Statistik Austria

Die Rezession schlägt auf den Arbeitsmarkt durch. Waren die vergangenen Jahre noch durch eine stark steigende Beschäftigung und fallende Arbeitslosenquoten gekennzeichnet, so ist im Prognosezeitraum von Beschäftigungsverlusten und einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit auszugehen. Gegeben den stärksten Konjunkturunbruch in der Nachkriegszeit, ist es nicht verwunderlich, dass laut Prognose die Arbeitslosenquote im Jahr 2010 mit 8.4 % den höchsten Wert seit den 1950er Jahren erreicht. Aus Sicht des Instituts sollte die Arbeitsmarktpolitik darauf abzielen, dass sich dieser konjunkturelle Anstieg nicht in einer Erhöhung der strukturellen Arbeitslosenquote niederschlägt.

Im Februar ist die Zahl der **Aktiv-Beschäftigten** um knapp 25,000 Personen bzw. 0.7 % unter das Vergleichsniveau des Vorjahres gefallen. Dabei handelt es sich um den ersten Beschäftigungsrückgang seit dem Jahr 2002. Bei der Interpretation der Februar-Zahlen ist aber die ungünstige Witterungslage zu berücksichtigen. Zieht man eine saisonbereinigte Beschäftigungsreihe heran, dann zeigt sich bereits seit Oktober 2008 eine leicht rückläufige Tendenz im Monatsvergleich. Die nachlassende Konjunktur in der Sachgüterproduktion manifestiert sich in deutlichen Beschäftigungsrückgängen in diesem Sektor sowie im Bereich der Leiharbeitsfirmen. Der kräftige Wirtschaftseinbruch seit Jahresbeginn wird sich mit etwas Verzögerung bei den Beschäftigtenzahlen auswirken. Der Bestand an offenen Stellen lag im Februar um rund 20 % unter dem Vorjahresniveau. Die Fördermaßnahmen durch das AMS (insbesondere die Kurzarbeitsbeihilfen, aber auch etwa Lohnsubventionen) dämpfen den Beschäftigungsabbau etwas. Insgesamt gesehen geht das Institut aber davon aus, dass im Jahresdurchschnitt 2009 die Beschäftigung um gut 40,000 Personen bzw. 1.3 % schrumpfen wird. Aufgrund der geringen Wachstumsdynamik wird auch für den Durchschnitt des nächsten Jahres ein, allerdings deutlich geringerer, Beschäftigungsabbau (-0.3 %) erwartet.

Arbeitsmarktentwicklung 2009

	Jänner bis Februar (Vorjahresveränderung)	Relativ
Beschäftigte	-9,412	-0.3 %
Männer	-26,545	-1.5 %
Frauen	17,134	1.1 %
Aktiv-Beschäftigte*	-9,381	-0.3 %
Primärer Sektor	224	0.4 %
Sachgüterproduktion	-15,662	-2.6 %
Bau	-7,067	-3.3 %
Dienstleistungssektor	13,113	0.6 %
Arbeitslose	45,310	17.7 %
Männer	36,720	22.6 %
Frauen	8,590	9.1 %

Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger, AMS

* ohne KindergeldbezieherInnen, Präsenzdienstler mit aufrechter Beschäftigungsverhältnis

Im Einklang mit der Beschäftigtenentwicklung ist die Zahl der vorgemerkten **Arbeitslosen** im Februar kräftig angestiegen (57,800 Personen bzw. 23.7 %). Neben dem witterungsbedingten Anstieg der Arbeitslosenzahlen in der Bauwirtschaft sind insbesondere die Sachgüterproduktion und der Leiharbeitsbereich negativ betroffen. Aufgrund der Konjunkturlage wird die Arbeitslosenzahl im weiteren Jahresverlauf markant ansteigen. Gegenwärtig rechnet das Institut mit einem durchschnittlichen Arbeitslosenbestand von rund 275,000 Personen, knapp 30 % mehr als im Vorjahr. Im nächsten Jahr wird die Arbeitslosenzahl weiter anwachsen und im Jahresdurchschnitt 310,000 betragen.

Die vorliegende Arbeitsmarktprognose ist mit einer Reihe von Risiken behaftet. Gegeben die historischen Daten, fällt der Anstieg der Arbeitslosenquote im heurigen Jahr sehr kräftig aus. Dabei ist aber zu beachten, dass in den letzten Jahrzehnten kein ähnlich starker Wirtschaftsrückgang zu beobachten war. Insgesamt gesehen könnte die Arbeitsmarktentwicklung noch ungünstiger ausfallen. Die Beschäftigungsprognose impliziert eine relativ verhaltene Reaktion der Arbeitsnachfrage auf den Konjunkturreinbruch. Weiters unterstellt die Prognose, dass sich das Arbeitsangebot prozyklisch entwickelt (stagnierende Erwerbsquote) und die deutlich ausgeweiteten Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik den Anstieg der Arbeitslosigkeit dämpfen.

Im heurigen Jahr klettert die Arbeitslosenquote (nationale Definition) von 5.8 % auf 7.5 %. Im nächsten Jahr könnte ein Wert von 8.4 % erreicht werden. Die Arbeitslosenquote nach EUROSTAT-Berech-

nungsmethode steigt von 3.8 % im Vorjahr auf 5.3 % bzw. 6.1 %. Damit werden jeweils historische Höchststände erreicht.

Für die Arbeitsmarktpolitik bedeutet die Konjunkturkrise eine Herausforderung, bietet aber auch Chancen. Hierbei ist die Ausweitung der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik auf jeden Fall zu begrüßen. Aufgrund der knappen staatlichen Budgets müssen die Mittel effizient eingesetzt werden. Ziel der Maßnahmen muss es sein, die Beschäftigungsfähigkeit des Arbeitskräftepotenzials zu erhalten bzw. zu erhöhen. Programme, die letztendlich zu einer permanenten Reduktion des Arbeitskräfteangebots (etwa Altersteilzeit) führen, sind hingegen kontraproduktiv. Die Kurzarbeitsregelung ist zur Bekämpfung einer kürzeren Nachfrageschwäche geeignet. Längerfristig gesehen erscheint eine Kombination mit Trainingsmaßnahmen überlegenswert. Eine Entlastung bei den Arbeitskosten (etwa eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge) könnte ebenfalls positiv wirken. Auch in Zeiten einer Konjunkturkrise erscheinen verstärkte Vermittlungsbemühungen des AMS sinnvoll. Aus ökonomischer Sicht ist hingegen eine Erhöhung der Ersatzrate bei der Arbeitslosenversicherung negativ zu bewerten. Notwendig sind Maßnahmen, die einer Transformation der konjunkturellen in eine strukturelle Arbeitslosigkeit entgegenwirken (Qualifizierungsprogramme, präventive Maßnahmen für Personen mit hohem Langzeitarbeitslosigkeitsrisiko). Von Konjunkturbrüchen sind insbesondere jüngere Arbeitnehmer stärker betroffen. Daher sind die getroffenen Maßnahmen in diesem Bereich (Coaching, Lohnsubventionen) positiv zu bewerten. Sichergestellt muss aber werden, dass dabei Mitnahmeeffekte minimiert werden. Abgesehen von den konjunkturellen Problemen, sind für benachteiligte Jugendliche (etwa mit Migrationshintergrund) verstärkte Bildungs- und Integrationsmaßnahmen zwingend, nur so kann verhindert werden, dass diese eine zukünftige Problemgruppe am österreichischen Arbeitsmarkt darstellen.

5. Monetäre Prognose

In Reaktion auf den drastischen Wirtschaftsrückgang hat die Europäische Zentralbank die Leitzinsen im Euroraum im vergangenen Quartal weiter zurückgenommen. In zwei Zinsschritten wurde der Mindestbietungssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte um jeweils 50 Basispunkte auf 1.5 % gesenkt, womit der Leitzins im Euroraum auf einem historisch niedrigen Niveau liegt. Bis zur Null-Zinspolitik, wie sie gegenwärtig von anderen Notenbanken, etwa der Fed, der Bank of England oder der Bank of Japan, verfolgt wird, besteht damit noch ein kleiner Handlungsspielraum, der nach Einschätzung des Instituts jedoch nur zu einem Teil ausgeschöpft werden dürfte. Neben Leitzins-Senkungen hat die EZB bereits im Herbst 2008 zusätzliche Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte ergriffen, die großteils auch im ersten Quartal 2009 aufrecht erhalten wurden. Insbesondere wurden Refinanzierungsgeschäfte weiterhin mit vollständiger Zuteilung bei festem Zinssatz durchgeführt, und für Offmarktgeschäfte wurde ein breiteres Spektrum an Sicherheiten akzeptiert. Die Inflation im Euroraum hat in den vergangenen Monaten weiter deutlich nachgelassen und betrug im Dezember, Jänner und Februar 1.6 %, 1.1 % bzw. 1.2 %. Auch das Geldmengenwachstum ist deutlich zurückgegangen. Das Geldmengenaggregat M3 wuchs im Jänner im Vorjahresvergleich zum ersten Mal seit knapp vier Jahren mit einer Rate von unter 7 %. Auf Basis der gegenwärtig vorliegenden Informationen geht das Institut davon aus, dass es im Frühjahr zu einer weiteren Zinssenkung der EZB um 50 Basispunkte auf 1 % kommen wird.

Leitzinsen	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2006	3.5	5.25	5	1.5 – 2.5	0.25
Ende 2007	4	4.25	5.5	2.25 – 3.25	0.5
Ende 2008	2.5	0 – 0.25	2	0 – 1	0.1
23.3. 2009	1.5	0 – 0.25	0.5	0 – 0.75	0.1

Quelle: Nationale Zentralbanken, Thomson Financial Datastream

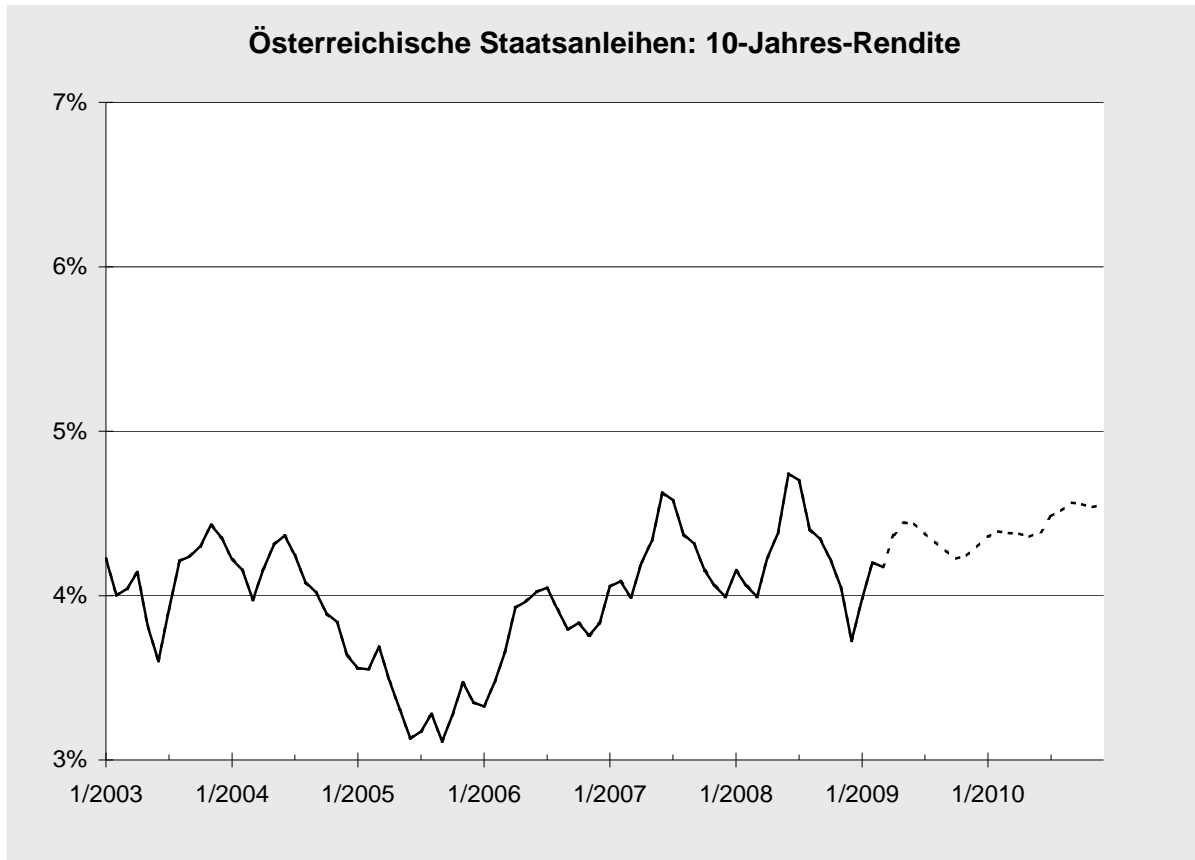
Die Bankenrettungspakete und Konjunkturprogramme, welche weltweit zur Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise verabschiedet wurden, erhöhen den staatlichen Finanzierungsbedarf und dürften mittel- bis langfristig zu steigenden Zinsen bzw. Anleihenrenditen führen. Ein Teil der staatlichen Bankenrettungspakete war typischerweise die Übernahme von Bankgarantien, wodurch das Kreditrisiko zum Teil vom Privatsektor auf den öffentlichen Sektor übergewälzt wurde. Dies spiegelte sich in steigenden Bonitätsaufschlägen bzw. erhöhten CDS-Prämien wider. Die Ausweitung der Spreads zwischen den Anleihenrenditen verschiedener Euro-Staaten deutet auf eine zunehmend differenzierte Wahrnehmung des staatlichen Ausfallrisikos. Eine höhere Einschätzung des Ausfallrisikos bedingt insbesondere höhere staatlichen Finanzierungskosten auf dem Kapitalmarkt. Neben der Bonität trägt die Liquidität der zugrundeliegenden Anleihenpapiere zur Erklärung der Länderspreads bei.

Auf den Staatsanleihenmärkten sind die Renditen, gemessen an Quartalsdurchschnittswerten, vom vierten auf das erste Quartal im Durchschnitt des Euroraums – und auch in Deutschland – zurückgegangen, in Österreich hingegen sind sie gestiegen. Österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren wiesen im ablaufenden Quartal eine durchschnittliche Rendite von 4.11 % auf. Deutsche Bundesanleihen der gleichen Laufzeit rentierten im ersten Quartal zu durchschnittlich 3.10 %. Der Renditespread wird allgemein mit einer höheren Risikoeinschätzung angesichts des starken Engagements österreichischer Banken in Osteuropa begründet. In den Jahren 2003 bis 2007 hatte der Spread zwischen österreichischen und deutschen Staatsanleihen im Durchschnitt fast null betragen. Insbesondere aufgrund des gestiegenen Renditespreads wird die Prognose der Renditen für Staatsanleihen etwas angehoben. Für 2009 und 2010 prognostiziert das Institut für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren eine durchschnittliche Jahresrendite von 4.3 % bzw. 4.5 %.

Am Interbankenmarkt werden zwar weiterhin erhöhte Aufschläge aufgrund des mangelnden Vertrauens der Banken untereinander verlangt, aber die Situation hat sich deutlich entspannt. Die Differenz zwischen unbesichertem 3-Monats-Euribor und besichertem 3-Monats-Euro-Reposatz betrug im ersten Quartal 2009 durchschnittlich 90 Basispunkte – nach etwa 150 Basispunkten im vierten Quartal 2008. Im Zeitraum von 1999 bis 2006 hatte dieser Aufschlag durchschnittlich rund 10 Basispunkte betragen. Im ablaufenden Quartal wurde der 3-Monats-Euribor zu durchschnittlich 2.07 % quotiert und hat sich damit im Vergleich zum Vorquartal um 210 Basispunkte verringert. Die Geldmarktzinsen entwickelten sich somit annähernd im Einklang mit den Leitzinsen im Euroraum. Aufgrund der stärker als prognostiziert gesenkten Leitzinsen und einer weiteren, erwarteten Leitzinssenkung wird die Prognose für den kurzfristigen Geldmarktzinssatz zurückgenommen. Für 2009 und 2010 erwartet das Institut einen jahresdurchschnittlichen 3-Monats-Euribor von 1.3 % bzw. 1.2 %.

Bezogen auf Quartalsdurchschnittswerte hat der Euro gegenüber dem Dollar im ersten Quartal 2009 nach der kräftigen Abwertung im Vorquartal weiter abgewertet, allerdings nur leicht um 1.5 %. Im Quartalsdurchschnitt betrug der Wechselkurs 1.30 USD/EUR; ab Ende Februar wurden allerdings auch wieder leicht steigende Dollar-Euro-Notierungen verzeichnet. Die konjunkturelle Dynamik wird im Vergleich zur Dezember-Prognose zwar wesentlich schlechter eingestuft, allerdings sowohl für Europa als auch für die USA. In dem der Prognose zugrundeliegenden Wachstumsbild sieht das Institut keine Impulse für eine grundlegende Veränderung des Euro-Dollar-Wechselkurses. Für 2009 und 2010 wird jeweils ein durchschnittlicher Jahreskurs von 1.30 USD/EUR prognostiziert. Die Prognose des Instituts zur Entwicklung verschiedener Einlagekategorien und des vergebenen Kreditvolumens von in Österreich meldepflichtigen Kreditinstituten für 2009 und 2010 hat sich seit der Dezember-Prognose leicht verändert. Insbesondere wird 2009 bei den Termineinlagen und dem Kreditvolumen ein Rückgang erwartet. Die Sichteinlagen sollten im Prognosezeitraum um 6.9 % bzw. 7.1 % steigen, die Termineinlagen zunächst um 3.3 % sinken und sich danach wieder um 5.1 % ausweiten. Für die Spareinlagen prognostiziert das Institut ein jahresdurchschnittliches Wachstum um 2.4 % bzw. 2.1 %. Das Kreditvolumen sollte 2009 um 0.5 % schrumpfen und 2010 um 2.2 % steigen.

ERGEBNISSE DER MONETÄREN PROGNOSE



Quelle: Thomson Financial Datastream, eigene Berechnungen

Erläuterung: Die strichlierte Linie gibt die prognostizierten Werte an.

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)		2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
GDP	BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	213.744 0.8%	219.182 2.5%	225.483 2.9%	233.091 3.4%	240.236 3.1%	244.472 1.8%	237.825 -2.7%	238.824 0.4%
GDP\$	BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	223.302 2.0%	232.782 4.2%	244.453 5.0%	257.294 5.3%	270.837 5.3%	282.202 4.2%	278.717 -1.2%	282.539 1.4%
PGDP	DEFLATOR DES BIP (2000=100)	104.472 1.2%	106.205 1.7%	108.413 2.1%	110.384 1.8%	112.738 2.1%	115.433 2.4%	117.194 1.5%	118.304 0.9%
PLC	VERBRAUCHERPREISINDEX (2005=100)	95.750 1.3%	97.740 2.1%	100.000 2.3%	101.500 1.5%	103.700 2.2%	107.000 3.2%	107.963 0.9%	109.474 1.4%
YWGLEA	ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	36.996 2.0%	37.462 1.3%	38.426 2.6%	39.572 3.0%	40.440 2.2%	41.500 2.6%	42.496 2.4%	42.793 0.7%
LEA	UNSELBSTÄNDIG AKTIV- BESCHÄFTIGTE IN 1000 PERSONEN	3057.409 0.2%	3078.544 0.7%	3110.407 1.0%	3161.932 1.7%	3227.449 2.1%	3304.128 2.4%	3261.174 -1.3%	3251.391 -0.3%
UR	ARBEITSLIQUENQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	7.010 0.149	7.084 0.075	7.254 0.170	6.795 -0.459	6.232 -0.563	5.843 -0.389	7.515 1.672	8.410 0.896

TAB. 1/2: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMponentEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Var1 PRIVATER KONSUM	0.504	1.183	1.381	1.254	0.496	0.467	0.205	0.211
Var2 EIGENKONSUM NON-PROFIT	0.024	0.044	0.025	0.053	0.039	-0.002	-0.015	0.000
Var3 ÖFFENTLICHER KONSUM	0.209	0.186	0.281	0.424	0.318	0.085	0.044	0.000
Var4 INVESTITIONEN	1.190	0.444	0.637	0.545	0.834	1.103	-1.488	-0.431
Var5 AUSRÜSTUNGEN	0.481	-0.042	0.592	0.097	0.730	0.237	-0.891	-0.105
Var6 BAUTEN	0.560	0.193	-0.046	0.484	0.320	0.173	-0.229	-0.115
Var7 STATISTISCHE DIFFERENZ	0.208	0.266	-0.005	-0.391	0.256	-0.270	-0.001	-0.002
Var8 EXPORTE I.W.S.	0.727	5.095	3.782	4.197	5.151	1.261	-4.904	1.266
Var9 WAREN	0.353	4.660	2.533	3.453	4.007	0.675	-4.400	1.207
Var10 DIENSTLEISTUNGEN	0.367	0.506	1.244	0.783	1.169	0.565	-0.570	0.090
Var11 IMPORTE I.W.S.	-2.062	-4.673	-3.226	-2.709	-4.030	-0.881	3.439	-0.624
Var12 WAREN	-1.772	-4.238	-2.523	-2.239	-3.664	-0.804	3.077	-0.661
Var13 DIENSTLEISTUNGEN	-0.298	-0.485	-0.697	-0.477	-0.408	-0.089	0.393	0.018
GDP BRUTTO-INLANDSPRODUKT	0.801	2.545	2.874	3.374	3.065	1.763	-2.719	0.420

TAB. 1/3: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Var1	23.297 1.004	23.152 -0.146	23.124 -0.028	22.897 -0.227	23.025 0.129	23.710 0.685	22.844 -0.867	22.319 -0.525
UREU	4.3 0.1	4.8 0.5	5.2 0.4	4.7 -0.5	4.4 -0.3	3.8 -0.6	5.3 1.5	6.1 0.8
Var4	2.882 -0.742	2.414 -0.469	1.280 -1.133	1.978 0.698	2.160 0.182	1.849 -0.311	2.775 0.926	3.553 0.778
Var5	35.489 0.3%	35.239 -0.7%	35.358 0.3%	35.761 1.1%	35.773 0.0%	35.645 -0.4%	36.175 1.5%	35.925 -0.7%
PRLEA	6.991 0.6%	7.120 1.8%	7.249 1.8%	7.372 1.7%	7.444 1.0%	7.399 -0.6%	7.293 -1.4%	7.345 0.7%
Var6	-1.4 -0.7	-4.4 -3.0	-1.5 2.9	-1.5 0.0	-0.4 1.1	-0.3 0.1	-3.3 -3.0	-4.0 -0.6

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
C\$	119.230 2.6%	124.278 4.2%	130.338 4.9%	135.839 4.2%	140.080 3.1%	145.574 3.9%	147.472 1.3%	150.135 1.8%
CNP\$	3.251 2.7%	3.388 4.2%	3.486 2.9%	3.636 4.3%	3.783 4.0%	3.839 1.5%	3.831 -0.2%	3.879 1.3%
CP\$	42.107 3.3%	43.358 3.0%	45.136 4.1%	47.340 4.9%	49.361 4.3%	50.727 2.8%	52.125 2.8%	52.516 0.7%
IF\$	51.202 6.1%	52.891 3.3%	55.413 4.8%	57.959 4.6%	61.756 6.6%	66.805 8.2%	63.149 -5.5%	62.466 -1.1%
IFE\$	23.781 4.6%	23.776 0.0%	25.451 7.0%	25.980 2.1%	28.177 8.5%	29.078 3.2%	26.484 -8.9%	26.219 -1.0%
IFC\$	26.338 6.2%	27.335 3.8%	27.856 1.9%	29.928 7.4%	32.027 7.0%	34.101 6.5%	34.088 0.0%	34.253 0.5%
DIF\$	-0.346 -0.320	0.000 0.346	0.477 0.477	-0.240 -0.717	-0.107 0.133	0.036 0.143	0.036 0.000	0.037 0.001
VD\$	215.444 3.4%	223.914 3.9%	234.851 4.9%	244.534 4.1%	254.873 4.2%	266.981 4.8%	266.613 -0.1%	269.032 0.9%
X\$	108.541 1.1%	120.837 11.3%	132.001 9.2%	145.719 10.4%	161.419 10.8%	166.585 3.2%	151.416 -9.1%	155.304 2.6%
M\$	100.683 3.9%	111.970 11.2%	122.399 9.3%	132.959 8.6%	145.455 9.4%	151.364 4.1%	139.312 -8.0%	141.797 1.8%
GDP\$	223.302 2.0%	232.782 4.2%	244.453 5.0%	257.294 5.3%	270.837 5.3%	282.202 4.2%	278.717 -1.2%	282.539 1.4%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2000)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
C	114.375 0.9%	116.904 2.2%	119.931 2.6%	122.758 2.4%	123.914 0.9%	125.036 0.9%	125.536 0.4%	126.038 0.4%
CNP	3.201 1.6%	3.294 2.9%	3.348 1.7%	3.468 3.6%	3.560 2.7%	3.556 -0.1%	3.520 -1.0%	3.520 0.0%
CP	40.271 1.1%	40.669 1.0%	41.286 1.5%	42.242 2.3%	42.983 1.8%	43.188 0.5%	43.296 0.3%	43.296 0.0%
IF	49.796 5.3%	50.745 1.9%	52.140 2.7%	53.370 2.4%	55.314 3.6%	57.964 4.8%	54.328 -6.3%	53.303 -1.9%
IFE	23.534 4.5%	23.444 -0.4%	24.740 5.5%	24.959 0.9%	26.659 6.8%	27.228 2.1%	25.050 -8.0%	24.799 -1.0%
IFC	25.454 4.9%	25.866 1.6%	25.766 -0.4%	26.858 4.2%	27.604 2.8%	28.020 1.5%	27.459 -2.0%	27.185 -1.0%
DIF	0.201 0.442	0.770 0.569	0.758 -0.012	-0.122 -0.881	0.475 0.598	-0.174 -0.649	-0.175 -0.002	-0.180 -0.005
VD	207.794 2.2%	212.218 2.1%	217.268 2.4%	221.611 2.0%	226.188 2.1%	229.534 1.5%	226.487 -1.3%	225.970 -0.2%
X	107.802 1.5%	118.692 10.1%	126.981 7.0%	136.445 7.5%	148.452 8.8%	151.482 2.0%	139.494 -7.9%	142.505 2.2%
M	101.902 4.5%	111.891 9.8%	118.962 6.3%	125.070 5.1%	134.464 7.5%	136.581 1.6%	128.174 -6.2%	129.658 1.2%
GDP	213.744 0.8%	219.182 2.5%	225.483 2.9%	233.091 3.4%	240.236 3.1%	244.472 1.8%	237.825 -2.7%	238.824 0.4%

TAB. 4: PREISINDIZES (2000 = 100)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
PC	104.244 1.7%	106.308 2.0%	108.678 2.2%	110.656 1.8%	113.046 2.2%	116.426 3.0%	117.474 0.9%	119.118 1.4%
PCP	104.560 2.2%	106.610 2.0%	109.325 2.5%	112.070 2.5%	114.838 2.5%	117.455 2.3%	120.391 2.5%	121.294 0.8%
PIF	102.823 0.7%	104.230 1.4%	106.278 2.0%	108.598 2.2%	111.646 2.8%	115.252 3.2%	116.237 0.9%	117.190 0.8%
PIFE	101.047 0.1%	101.419 0.4%	102.870 1.4%	104.091 1.2%	105.694 1.5%	106.793 1.0%	105.725 -1.0%	105.725 0.0%
PIFC	103.473 1.2%	105.678 2.1%	108.113 2.3%	111.430 3.1%	116.024 4.1%	121.704 4.9%	124.138 2.0%	126.000 1.5%
PVD	103.682 1.2%	105.511 1.8%	108.093 2.4%	110.344 2.1%	112.682 2.1%	116.314 3.2%	117.717 1.2%	119.057 1.1%
PX	100.686 -0.3%	101.808 1.1%	103.953 2.1%	106.797 2.7%	108.734 1.8%	109.970 1.1%	108.547 -1.3%	108.982 0.4%
PM	98.804 -0.5%	100.070 1.3%	102.889 2.8%	106.308 3.3%	108.174 1.8%	110.824 2.4%	108.690 -1.9%	109.362 0.6%
PGDP	104.472 1.2%	106.205 1.7%	108.413 2.1%	110.384 1.8%	112.738 2.1%	115.433 2.4%	117.194 1.5%	118.304 0.9%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. €ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
XG\$	77.896 -0.2%	88.597 13.7%	96.105 8.5%	106.730 11.1%	118.411 10.9%	121.769 2.8%	108.548 -10.9%	111.866 3.1%
XSO\$	19.890 5.5%	21.278 7.0%	24.495 15.1%	27.306 11.5%	30.895 13.1%	31.951 3.4%	30.134 -5.7%	30.739 2.0%
XST\$	10.755 2.7%	10.962 1.9%	11.402 4.0%	11.683 2.5%	12.112 3.7%	12.865 6.2%	12.734 -1.0%	12.699 -0.3%
X\$	108.541 1.1%	120.837 11.3%	132.001 9.2%	145.719 10.4%	161.419 10.8%	166.585 3.2%	151.416 -9.1%	155.304 2.6%
MG\$	79.431 3.6%	89.159 12.2%	97.306 9.1%	106.171 9.1%	116.863 10.1%	121.883 4.3%	111.158 -8.8%	113.390 2.0%
M\$O\$	15.982 5.0%	17.610 10.2%	19.783 12.3%	21.309 7.7%	23.027 8.1%	23.940 4.0%	22.753 -5.0%	22.980 1.0%
MST\$	5.270 6.1%	5.201 -1.3%	5.310 2.1%	5.478 3.2%	5.565 1.6%	5.541 -0.4%	5.401 -2.5%	5.427 0.5%
M\$	100.683 3.9%	111.970 11.2%	122.399 9.3%	132.959 8.6%	145.455 9.4%	151.364 4.1%	139.312 -8.0%	141.797 1.8%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2000)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
XG	78.976 1.0%	88.936 12.6%	94.489 6.2%	102.275 8.2%	111.616 9.1%	113.238 1.5%	102.481 -9.5%	105.350 2.8%
XSO	18.846 4.0%	19.995 6.1%	22.535 12.7%	24.310 7.9%	26.638 9.6%	27.710 4.0%	26.532 -4.3%	26.930 1.5%
XST	9.978 0.6%	9.911 -0.7%	10.096 1.9%	10.087 -0.1%	10.484 3.9%	10.771 2.7%	10.555 -2.0%	10.371 -1.8%
X	107.802 1.5%	118.692 10.1%	126.981 7.0%	136.445 7.5%	148.452 8.8%	151.482 2.0%	139.494 -7.9%	142.505 2.2%
MG	82.157 4.8%	91.216 11.0%	96.746 6.1%	101.793 5.2%	110.334 8.4%	112.266 1.8%	104.744 -6.7%	106.315 1.5%
MSO	14.887 3.1%	16.092 8.1%	17.638 9.6%	18.716 6.1%	19.742 5.5%	20.094 1.8%	19.290 -4.0%	19.290 0.0%
MST	4.873 4.0%	4.704 -3.5%	4.686 -0.4%	4.685 0.0%	4.608 -1.6%	4.470 -3.0%	4.314 -3.5%	4.271 -1.0%
M	101.902 4.5%	111.891 9.8%	118.962 6.3%	125.070 5.1%	134.464 7.5%	136.581 1.6%	128.174 -6.2%	129.658 1.2%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT VGR (2000 = 100)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
PXG	98.632 -1.1%	99.618 1.0%	101.710 2.1%	104.356 2.6%	106.088 1.7%	107.533 1.4%	105.920 -1.5%	106.185 0.3%
PXSO	105.542 1.4%	106.414 0.8%	108.696 2.1%	112.325 3.3%	115.979 3.3%	115.307 -0.6%	113.577 -1.5%	114.145 0.5%
PXST	107.784 2.1%	110.613 2.6%	112.927 2.1%	115.825 2.6%	115.531 -0.3%	119.446 3.4%	120.640 1.0%	122.450 1.5%
PX	100.686 -0.3%	101.808 1.1%	103.953 2.1%	106.797 2.7%	108.734 1.8%	109.970 1.1%	108.547 -1.3%	108.982 0.4%
PMG	96.681 -1.2%	97.745 1.1%	100.579 2.9%	104.301 3.7%	105.917 1.5%	108.567 2.5%	106.124 -2.3%	106.654 0.5%
PMSO	107.357 1.9%	109.432 1.9%	112.159 2.5%	113.858 1.5%	116.639 2.4%	119.140 2.1%	117.949 -1.0%	119.128 1.0%
PMST	108.138 2.0%	110.553 2.2%	113.317 2.5%	116.943 3.2%	120.767 3.3%	123.960 2.6%	125.199 1.0%	127.077 1.5%
PM	98.804 -0.5%	100.070 1.3%	102.889 2.8%	106.308 3.3%	108.174 1.8%	110.824 2.4%	108.690 -1.9%	109.362 0.6%
Var1	101.905 0.2%	101.736 -0.2%	101.035 -0.7%	100.460 -0.6%	100.518 0.1%	99.230 -1.3%	99.868 0.6%	99.652 -0.2%
Var2	102.018 0.0%	101.917 -0.1%	101.124 -0.8%	100.053 -1.1%	100.161 0.1%	99.048 -1.1%	99.808 0.8%	99.560 -0.2%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010		
Var1	IMPORTQUOTE, GESAMT ABSOLUTE DIFFERENZEN		45.088 0.826	48.101 3.013	50.070 1.970	51.676 1.605	53.706 2.030	53.637 -0.069	49.983 -3.654	50.187 0.203
Var2	IMPORTQUOTE, GÜTER ABSOLUTE DIFFERENZEN		35.571 0.533	38.302 2.731	39.806 1.504	41.264 1.459	43.149 1.884	43.190 0.041	39.882 -3.308	40.132 0.250
Var3	EXPORTQUOTE, GESAMT ABSOLUTE DIFFERENZEN		48.607 -0.451	51.910 3.303	53.998 2.088	56.635 2.637	59.600 2.965	59.030 -0.570	54.326 -4.704	54.967 0.641
Var4	EXPORTQUOTE, GÜTER ABSOLUTE DIFFERENZEN		34.884 -0.772	38.060 3.176	39.314 1.254	41.482 2.168	43.721 2.239	43.149 -0.571	38.945 -4.204	39.593 0.648

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
POPWAT	5266.300 0.6%	5300.900 0.7%	5333.300 0.6%	5369.700 0.7%	5388.200 0.3%	5408.500 0.4%	5425.800 0.3%	5446.700 0.4%
TLFPR	72.262 0.5%	72.199 -0.1%	72.618 0.6%	72.899 0.4%	73.533 0.9%	74.654 1.5%	74.728 0.1%	74.878 0.2%
TLF	3805.538 1.1%	3827.170 0.6%	3872.940 1.2%	3914.452 1.1%	3962.088 1.2%	4037.651 1.9%	4054.616 0.4%	4078.375 0.6%
Var1	3416.968 0.7%	3424.478 0.2%	3454.451 0.9%	3481.566 0.8%	3509.947 0.8%	3563.330 1.5%	3570.809 0.2%	3587.311 0.5%
DLFFOR	388.570 4.9%	402.693 3.6%	418.489 3.9%	432.886 3.4%	452.141 4.4%	474.321 4.8%	483.807 2.0%	491.064 1.5%
SEG	380.700 0.8%	384.700 1.1%	390.000 1.4%	394.400 1.1%	395.800 0.4%	404.903 2.3%	403.891 -0.3%	403.891 0.0%
DLF	3424.838 1.1%	3442.470 0.5%	3482.940 1.2%	3520.052 1.1%	3566.288 1.3%	3632.747 1.9%	3650.725 0.5%	3674.484 0.7%
LEA	3057.409 0.2%	3078.544 0.7%	3110.407 1.0%	3161.932 1.7%	3227.449 2.1%	3304.128 2.4%	3261.174 -1.3%	3251.391 -0.3%
LENACT	127.351 23.4%	120.047 -5.7%	119.879 -0.1%	118.946 -0.8%	116.590 -2.0%	116.366 -0.2%	115.203 -1.0%	114.051 -1.0%
UN	240.079 3.3%	243.880 1.6%	252.654 3.6%	239.174 -5.3%	222.248 -7.1%	212.253 -4.5%	274.348 29.3%	309.042 12.6%
UR	7.010 0.149	7.084 0.075	7.254 0.170	6.795 -0.459	6.232 -0.563	5.843 -0.389	7.515 1.672	8.410 0.896

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
GDP\$	223.302 2.0%	232.782 4.2%	244.453 5.0%	257.294 5.3%	270.837 5.3%	282.202 4.2%	278.717 -1.2%	282.539 1.4%
YWGG\$	113.111 2.1%	115.328 2.0%	119.520 3.6%	125.124 4.7%	130.517 4.3%	137.120 5.1%	138.586 1.1%	139.137 0.4%
BUSE	85.322 3.1%	91.556 7.3%	98.300 7.4%	105.171 7.0%	111.965 6.5%	115.885 3.5%	111.694 -3.6%	114.680 2.7%
PASUB	24.870 -1.8%	25.898 4.1%	26.633 2.8%	26.999 1.4%	28.355 5.0%	29.197 3.0%	28.438 -2.6%	28.722 1.0%
YF\$	-2.171 -20.5%	-1.749 -19.4%	-2.378 36.0%	-4.449 87.1%	-5.591 25.7%	-4.186 -25.1%	-4.186 0.0%	-4.186 0.0%
DEP\$	34.853 2.9%	36.076 3.5%	37.578 4.2%	39.164 4.2%	41.224 5.3%	43.575 5.7%	45.754 5.0%	47.813 4.5%
Y\$	186.279 2.2%	194.957 4.7%	204.497 4.9%	213.681 4.5%	224.022 4.8%	234.441 4.7%	228.777 -2.4%	230.540 0.8%
YT\$	-1.821 0.4%	-1.922 5.6%	-2.076 8.0%	-1.785 -14.0%	-1.367 -23.4%	-1.780 30.1%	-1.780 0.0%	-1.780 0.0%
NE\$	184.458 2.2%	193.035 4.6%	202.421 4.9%	211.896 4.7%	222.654 5.1%	232.661 4.5%	226.998 -2.4%	228.761 0.8%

TAB. 11 : MONETAERER BEREICH (JAHRESDURCHSCHNITTE IN MRD. € BZW. PROZENT)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
SI	39.420 11.3%	44.926 14.0%	49.771 10.8%	55.901 12.3%	60.682 8.6%	65.863 8.5%	68.563 4.1%	73.294 6.9%	78.498 7.1%
TE	21.466 3.1%	18.866 -12.1%	18.788 -0.4%	20.374 8.4%	24.453 20.0%	32.759 34.0%	46.190 41.0%	44.666 -3.3%	46.944 5.1%
SP	125.492 3.5%	129.885 3.5%	134.049 3.2%	136.237 1.6%	138.213 1.5%	142.578 3.2%	149.564 4.9%	153.153 2.4%	156.370 2.1%
KV	234.848 2.9%	236.639 0.8%	245.782 3.9%	257.653 4.8%	272.179 5.6%	280.163 2.9%	294.731 5.2%	293.258 -0.5%	299.709 2.2%
REU3M	3.32 -0.70	2.33 -0.99	2.11 -0.23	2.19 0.08	3.08 0.90	4.28 1.20	4.63 0.35	1.34 -3.29	1.22 -0.12
REU10J	4.94 -0.10	4.11 -0.84	4.07 -0.04	3.36 -0.71	3.80 0.43	4.29 0.49	4.25 -0.04	4.28 0.03	4.46 0.18

TAB. 12 : WECHSELKURSE

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
USD/EUR	0.945 5.6%	1.132 19.7%	1.244 9.9%	1.245 0.1%	1.256 1.0%	1.371 9.1%	1.471 7.3%	1.302 -11.5%	1.303 0.1%
GBP/EUR	0.629 1.2%	0.692 10.1%	0.679 -1.9%	0.684 0.8%	0.682 -0.3%	0.685 0.4%	0.797 16.3%	0.928 16.4%	0.932 0.4%
YEN/EUR	118.128 8.6%	131.033 10.9%	134.421 2.6%	136.828 1.8%	146.096 6.8%	161.256 10.4%	152.381 -5.5%	126.432 -17.0%	129.487 2.4%
CHF/EUR	1.467 -2.9%	1.521 3.7%	1.544 1.5%	1.549 0.3%	1.573 1.6%	1.643 4.5%	1.587 -3.4%	1.512 -4.7%	1.506 -0.4%

Autoren: Bernhard Felderer, Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova,
Helmut Hofer, Robert M. Kunst, Ulrich Schuh, Wolfgang Schwarzbauer, Edith Skriner,
Ludwig Strohner, Klaus Weyerstraß

Titel: Prognose der österreichischen Wirtschaft 2009-2010

Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 56

Redaktion: Isabella Andrej

© 2009 Institut für Höhere Studien (IHS)

Eigentümer, Herausgeber und Hersteller: Institut für Höhere Studien (IHS)

Stumpergasse 56, A-1060 Wien ♦ ☎ +43 1 59991-0 ♦ Fax +43 1 59991-555 ♦ <http://www.ihs.ac.at>
